Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52,** und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 2.00,** monatlich **70** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **20** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **30** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags,** größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 178. **Freitag, den 3. August 1906.** 13. Jahrg.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Eine Lektion.

he. Vor dem Leichnam der Duma stehen zahlreiche Leidtragende. Aus vielen Augen fließen Tränen, die trocken geblieben sind, als jede Faser menschlich fühlender Herzen hätte in Aufruhr kommen müssen über die entsetzlichen Grausamkeiten des Zarismus, verübt am Volk. Am Fußende des Lagers, wo die Duma ihr Leben aushauchte, stöhnen die europäischen Gläubiger des russischen Staatsschatzes. — So ungefähr beginnt ein großes Blatt, das sonst keineswegs in Wahrnehmung materieller Interessen von übermäßigem Idealismus sich stören läßt, eine Betrachtung über die schweren Verluste, welche die Zeichner und Abnehmer der jüngsten russischen Zweimilliarden-Anleihe sich zugezogen haben, ohne sich Skrupel darüber zu machen, daß sie damit dem furchtbaren Drachen der Autokratie ihre Unterstützung gewährten gegen den Heldenkampf der Befreiungsbewegung.

Der Preissturz der russischen Werte hat viele Millionen des europäischen Kapitals zerstört, eine Menge Ersparnisse vernichtet, Tausende ärmer oder arm gemacht, die sich die Ohren verstopften gegen die Stimme der Menschlichkeit. Wie der jähe Ausbruch eines Krieges hat der Schurkenstreich der Gewalt auf den Kredit gewirkt. Vom Hochstand ist die neue Rente um 16 vom Emissionspreis um 9 Prozent gesunken! Enorme Vermögen sind zerronnen — nicht bloß rechnungsmäßig auf dem Papier, sondern tatsächlich in allen Fällen, in welchen Zwang, Bedürfnis, oder auch die Panik zum Verkauf gedrängt haben. Vielleicht niemals hat sich bei Staatspapieren mitten im Frieden ein solcher Wertsturz gezeigt; die Erinnerung sucht vergebens nach Beispielen, daß der Wechsel der Verfassung so tiefgreifende Aenderungen im Vertrauen hervorgerufen hätte.

Am schlimmsten war die Wirkung naturgemäß in Paris. Der Besitz des französischen Kapitals an russischen Renten wird auf 11 Milliarden Franks geschätzt; mehr als die Hälfte der russischen Staatsschuld ist in Frankreich placiert.

Es gehöre zu den stark verbreiteten Irrtümern, daß die „Gesinnung“ eine schlechte Ratgeberin in Finanzgeschäften sei, meint das eingangs erwähnte Blatt. In Finanzgeschäften bloß? Im Geschäftsleben überhaupt kennt die politische Aera keine höheren Rücksichten. Keine Moral, weder individuelle, noch soziale, noch politische, ist die Moral des Kapitalismus; keine wenigstens, die über das Strafgesetz hinausgeht. Sein kategorischer Imperativ lautet: „Du sollst so viel Profit machen, als Du vermagst.“ — „Handelschaft verträgt keine Freundschaft“, sagt das Sprichwort, sie verträgt aber überhaupt nichts Ideales. Sie ist „moralinfrei“. Im Geschäft gilt wirklich das satirische Paradoxon: „Tugend ist aller Laster Anfang.“ Wie der Geschäftsmann keine Rücksicht nimmt auf die Existenz seiner Konkurrenten, der Industrielle gewöhnlichen Schlages auf die Wohlfahrt seiner Arbeiter, so nimmt ja auch der „Patriot“ im Geschäft keine Rücksicht auf sein Land und seine Landsleute; er hängt seine Produkte dem Inland zu Wucherpreisen auf, die er im Ausland zu Schleuderpreisen abgibt (Zechen!) und geniert sich bekanntlich auch nicht, an Feindesland Kanonen und andere Waffen zu liefern; was ihn jedoch nicht hindert, bei patriotischen Feiern mit voller Lungenkraft Hurra zu brüllen und gegen die „vaterlandsfeindliche“ Sozialdemokratie zu wettern.

Wie sollte sich also der Bourgeois aus Rücksichten der Menschlichkeit und von Sympathien mit dem mißhandelten russischen Volke abhalten lassen, auf eine russische Anleihe zu zeichnen, wenn ihm das als vorteilhaft erscheint? Er würde Beelzebub selber Geld pumpen gegen fette Zinsen; wie denn im bürgerlichen Holland seinerzeit das geflügelte Wort kursierte: „Wenn Myaheer Satan gute Rimessen zahlt, soll er pünktlich bedient werden.“

Das ist die „Realpolitik“ des kapitalistischen Geschäftslebens, die aber mit der Zeit ebenso wie die alles Ideale ausschaltende Realpolitik von Staatsmännern à la Bismarck oft ihre schweren Enttäuschungen erlebt und in böse Sümpfe führt. Denn gesunde ideale Imponderabilien haben sich noch immer in Geschichte und Leben als die stärkeren Mächte bewiesen, gegen welche die robusten Faktoren, mit denen allein Prinzipien verachtende „praktische Menschen“ rechnen, den kürzeren ziehen.

Die in Rede stehenden Verluste, meint jenes Blatt, werden für das europäische Kapital eine gute Lektion und ihm wieder Gesinnung beibringen. — Ein wunderbarer Optimismus! Eine Zeitlang mehr Zurückhaltung gegen Rußland wohl; aber Gesinnung? — Sogar gegenüber Rußland wird die Vorsicht nicht lange vorhalten. Schon jetzt hat die neueste Nachricht, daß der Zar an das Domänen-Ressort die Weisung erteilt haben soll, Vorschläge wegen Verteilung von Ländereien an landarme Bauern zu machen, an der Frankfurter Börse die Stimmung für russische Werte wieder gebessert und Käufer angelockt!

Bei dem allem kommt wesentlich auch in Betracht, daß die Bankiers vielfach selber von den Verlusten nicht oder wenig betroffen werden, aber einen ansehnlichen Zwischengewinn in die Tasche schieben. Die eigentlichen Leidtragenden sind ihre Kunden, denen sie solche Anleihen empfehlen und die ihrer Sachverständigkeit und ihrer Gewissenhaftigkeit vertrauen. Geht's dann schief, dann waschen die Herren Bankiers ihre Hände in Unschuld und seufzen: force majeure!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Fahrkartensteuer ist am gestrigen 1. August als letzte des „großen“ Reichsfinanzreformwerks in Kraft getreten. Wir leben in der Zeit der Dampfes und der Elektrizität, in der Zeit der schnellen Vorwärtsbewegung und eines riesigen Schienenverkehrs. Darum eben muß man Steuern schaffen, die verkehrshindernd wirken. So scheint man in den Kreisen der guten Leute zu denken, denen der deutsche Staatsbürger dieses duftige Steuerbukett einer sogenannten Finanzreform zu „danken“ hat. Verteuerung des Postverkehrs und der Eisenbahnfahrten, das ist der Weisheit letzter Schluß der Politik, die vor Verlegenheit nicht weiß, wo hernehmen und nicht stehlen. Die Massen dürfen immer wieder die Mittel aufbringen, die man für Einrichtungen braucht, die nur im Interesse der Kapitalisten und großen Unternehmer liegen: Heer und Flotte. — Im Sommer des Jahres 1908, wenn das Volk einen neuen Reichstag zu wählen hat, befassen sich die Wähler hoffentlich recht lebhaft auf die neuen Lasten und geben denen den Laufpaß, die schuld daran sind! Die Sozialdemokratie wird dazu tun, was möglich ist.

Der Katzenjammer der nationalliberalen Partei über ihre Mißerfolge bei den letzten Ersatzwahlen äußert sich deutlich in einem großen Artikel, den der nationalliberale Kandidat für Hagen-Schwelm, Professor Moldenhauer, in der „Köln. Ztg.“ veröffentlicht. Wir finden da unter anderem das Geständnis: „Ich darf und kann nicht anders sagen, als daß das Verhalten der nationalliberalen Fraktionen in der Schulunterhaltungsgesetzfrage und in der Finanzreform den Hauptanteil an der Niederlage in Hagen-Schwelm trägt. Von Anfang der Versammlung an mit sich steigernder Heftigkeit, als erst die Gegner ihre treffliche Position völlig auszunutzen begannen, ist der Vorwurf erhoben worden, die nationalliberale Partei sei ja nur Regierungspartei und wage überhaupt keine Opposition mehr zu machen, und dieser Vorwurf kam nicht nur von den Gegnern, die ihn gegen die ganze Partei erhoben, sondern auch aus unseren Reihen, die sich gegen die Fraktion wandten. Alle Versuche, in klaren, überzeugenden Auseinandersetzungen zu beweisen, daß die staatlichen Verhältnisse zu der Kompromißpolitik führen mußten und daß in an der Finanzreform nicht nur die nationalliberalen Abgeordneten, sondern auch das Zentrum beteiligt gewesen sei, waren vergeblich bei dem Mißmut und der Unzufriedenheit, die sich der Massen bemächtigt hatte. Es ist unzweifelhaft, daß der Zuwachs der freisinnigen Stimmen aus den nationalliberalen Reihen stammt. Die Hauptschuld an dem bösen Niedergang unserer Stimmen ist also keine lokale gewesen, sondern liegt in dem Mißmut gegen die Schul- und Finanzreformpolitik der nationalliberalen Fraktionen. Ich habe gerade in betreff der Schulfrage viel mit den Volksschullehrern, die sonst durch ihren großen Einfluß unsere besten Stützen auf dem Lande waren, gesprochen; sie drückten mir persönlich ihre Zustimmung aus, aber sie versagten der Partei. Der Heißhunger nach einer entschiedeneren, liberalen Politik, wie er in Eisenach gekennzeichnet wurde, ist nicht gestillt und wird immer stärker werden. Mögen zu richtiger Zeit die rechten Mittel dazu angewandt werden, ehe es zu spät wird.“ — Dor luur op!

„Sie gut Tippelskirch allewege!“ Die erste Folge des Vorgehens gegen den Major Fischer muß unter allen Umständen, das steht jetzt schon fest, die Lösung des Vertrages mit der Firma v. Tippelskirch sein. Das wird, wenn es nicht schon eher geschieht, eine der ersten Arbeiten werden, mit denen der Reichstag sich nach seinem Wiederzusammentritt zu befassen haben wird. Und ist das geschehen, so muß ein für allemal mit der Praxis einer Monopolstellung für Lieferungen gebrochen werden. — Die Firma von Tippelskirch wird immer tiefer in die schmutzige Angelegenheit hineingezogen. Wie jetzt bekannt wird, erfolgte die Anzeige seitens der Frau v. Tippelskirch. Diese lebt seit zwei Jahren mit ihren Kindern von ihrem Gatten getrennt, der bisher ohne Erfolg die gerichtliche Scheidung der Ehe durchzusetzen suchte. Gleichzeitig mit Frau v. Tippelskirch machte ein Vetter des Herrn v. Tippelskirch der Kolonialbehörde die Meldung von den eigentümlichen pekuniären Beziehungen zwischen dem Chef respektive verschiedenen Teilhabern der Firma Tippelskirch und dem Vorstand der Bekleidungsabteilung beim Oberkommando der Schutztruppen, Major Fischer. Diese Mitteilungen lassen ahnen, daß das Drama noch eine zweite Entwicklung nach einer anderen Richtung nehmen kann. v. Tippelskirch ist ebenfalls bereits einem längeren Verhör unterzogen worden. — Das Geld wurde dem Major Fischer stets als Darlehn gegeben, das anfangs auch, als die Summen noch klein waren, zurückgezahlt wurde. Aus den kleinen wurden aber bald größere und schließlich, Ende der neunziger Jahre, ziemlich bedeutende „Darlehen“ in der Höhe von 2000, auch 3000 Mk., auf deren Rückerstattung von den Spendern von vornherein gar nicht gerechnet wurde. Dieser Spender gab es mehrere. Die rekrutierten sich aus den pekuniär an der Firma Tippelskirch Interessierten. Bei den 30 bis 40 Proz. Verdienst fielen die „Darlehen“ für Herrn Fischer mit Leichtigkeit ab! Nach der „N. G. K.“ verlautet mit Sicherheit, daß zur Verhaftung des Majors erst geschritten wurde, als er des ihm zur Last gelegten Vergehens der Bestechung für überführt gelten mußte. Die Verhaftung geschah auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers, dem das Anklagematerial im ganzen Umfange vortragsweise zur Entscheidung unterbreitet worden war. Es heißt, der Kaiser habe hierbei den Ausspruch getan: „Die ganze Strenge des Gesetzes solle auf den Schuldigen angewendet werden.“ Wir wollen es abwarten! — Ein Opfer des Falles Fischer wird vermutlich der Stabschef des Oberkommandos der Schutztruppen, der Oberst Ohnesorg werden; ihm wird der Vorwurf gemacht, daß er über seinen Untergebenen und dessen lukrative Freundschaft mit „Tippel“ schlecht orientiert gewesen sei. Nach allem, was sich bisher in der Skandalaffäre ergeben hat, ist dieser Vorwurf nur zu berechtigt. Die „Lib. Korr.“ knüpft an die jüngsten Vorgänge in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes folgende kritische Bemerkungen: „Der neueste Kolonialskandal, an dem der Chef des Bekleidungsamtes der Schutztruppe, Major Fischer beteiligt ist, wird sicherlich auch denen zu denken geben, die in den bisherigen Enthüllungen nur Uebertreibungen einzelner kleiner Versehen in der Zentralstelle erkennen wollen. Es muß in der Kolonialabteilung eine geradezu unglaubliche Wirtschaft geherrscht haben. Jeder Geheimrat, jeder Dezernent hat einfach darauf losgewirtschaftet, und alles wurde mit der Unterschrift des Kolonialdirektors oder seines Vertreters gedeckt. Der frühere Kolonialdirektor Dr. Stübel hat sich ja noch rechtzeitig auf einen Gesandtenposten geflüchtet, den er sich vorsichtshalber schon bei der Ernennung zum Kolonialdirektor gesichert hatte. Es ist bekannt, daß er nicht gerade gern das Amt als Kolonialdirektor übernommen hatte. Wenn er sich aber schließlich dazu bereit erklärte, so hätte er sich doch mehr, als geschehen ist, um die Dinge in seinem Ressort kümmern müssen. Er hat jeden wirtschaften lassen, wie es ihm beliebte. Es heißt doch geradezu den Bock zum Ziergärtner bestellen, wenn er den jetzt inhaftierten Major Fischer, der seit Jahren von dem Schutztruppenlieferanten v. Tippelskirch wirtschaftlich abhängig war, in der Budgetkommission des Reichstages erklären ließ, daß die Erfahrungen des Oberkommandos mit den Tippelskirchschen Lieferungen „recht gute“ gewesen seien. Wo ist aber überhaupt das Ende aller dieser Kolonialskandale abzusehen? Man kann zu dem jetzigen Leiter der Kolonialabteilung Erbprinzen zu Hohenlohe das Vertrauen haben, daß es ihm an redlichem Willen, den Augiasstall zu säubern, nicht fehlt, und die Personalveränderungen im Kolonialamt selbst wie das Vorgehen im Falle Fischer zeigen, daß er ganze Arbeit machen will. Ob er aber dazu imstande sein wird, ist eine ander Frage. Seine eigenartige gesellschaftliche Stellung bringt es mit sich, daß er häufiger, als es in den jetzigen Zeitläuften wünschenswert ist, „procul negotiis“ weilt und die Geschäfte anderen überläßt. Darunter muß das Tempo der Reinigung unserer Kolonialverwaltung naturgemäß leiden.“ — Wenn der Kolonialprinz so viel gesellschaftliche Pflichten hat, daß er darüber das übernommene Amt vernachlässigen muß, so soll er dies Amt einem anderen überlassen. Solange er aber das Amt des Kolonialdirektors bekleidet und das dafür ausgeworfene Gehalt bezieht, hat er die Pflicht, die mit diesem Amte verbundenen Obliegenheiten peinlich zu erfüllen und nicht die Geschäfte anderen zu überlassen. Entweder ist er Kolonialdirektor, oder er ist es eben nicht; ein drittes gibt es nicht.

Zur Reichstagsersatzwahl in Stade-Bremervörde schreibt die „National-Zeitung“, daß die Verhandlungen der Nationalliberalen mit den Freisinnigen über eine gemeinschaftliche Kandidatur leider „erfolglos geblieben“ sind. Eine am Sonntag in Gerstemünde abgehaltene Delegiertenkonferenz der Nationalliberalen des Wahlkreises stellte einstimmig für die Ersatzwahl den Brauereibesitzer Senator Reese in Stade auf. Die Freisinnigen beschlossen in einer ebenfalls am

Sonntag abgehaltenen Konferenz wieder den Lehrer Otto (Charlottenburg) aufzustellen. Stade - Bremervörde, der Wahlkreis Bennigsens, ist seit Bestehen des deutschen Reichstages mit ganz kurzer Unterbrechung nationalliberal vertreten gewesen. 1903 waren die Wahlziffern folgende: Dr. Sattler 6466, Otto (FVp.) 3524, Ebert (SD) 5964, v. Meding (Welfe) 2138, Klävemann (Bd. d. Ldw.) 1918. In der Stichwahl siegte dann Dr. Sattler mit 12 232 gegen den Sozialdemokraten, der 7178 Stimmen erhielt. Das nationalliberale Blatt meint: „Wie diese Ziffern zeigen, kommt der Freisinn vermutlich auch bei der bevorstehenden Ersatzwahl in die Lage den Ausschlag zu geben; eine bessere Gelegenheit, zu zeigen, daß es ihr mit der Einigung der liberalen Parteien ernst ist, könnte es für die freisinnige Volkspartei gar nicht geben. Hätte sie auf eine eigene Kandidatur verzichtet und von vornherein den Nationalliberalen gewählt, so wäre dessen Wahl im ersten Gange sehr wahrscheinlich gewesen, während nun wieder eine Stichwahl gegen den Sozialdemokraten nötig wird, in der der Lehrer Otto nur die Rolle des Zählkandidaten spielt." — Der „Weser-Zeitung" wird aus dem Wahlkreise mitgeteilt, daß das Interesse für Neuwahl namentlich unter den ländlichen Wählern, die jetzt ihre Ernte sorgen haben, noch sehr matt sei. Der Gedanke an ein Zusammengehen der Freisinnigen und der Nationalliberalen sei außerhalb des Wahlkreises stärker erörtert und empfohlen worden als innerhalb der Wählerschaft selbst. Die Steuer- und Schulpolitik der Nationalliberalen habe den Nationalliberalen auch in Stade-Bremervörde keine begeisterte Zustimmung eingetragen. Namentlich die Schulpolitik habe unter der Lehrerschaft — und das sei ein wesentlicher Faktor im Wahlkreise — viel Unzufriedenheit erregt, und sie würde für den Kandidaten der Freisinnigen, Lehrer Otto, stark in Agitation treten.

Ohne Paasche kein Reichskolonialamt. Nach einer durch die Presse gehenden Mitteilung soll Herr Reichstagsabgeordneter Held (Natlib.) geäußert haben: Als die Verhandlungen über die Errichtung eines selbständigen Staatssekretärs für die Kolonien geführt wurden, trat die nationalliberale Partei an den Reichskanzler heran und forderte als Bedingung für die Bewilligung, daß „ein nicht aus dem Beamtenkörper der Kolonialverwaltung stammender energischer, zuverlässiger, in kolonialen und parlamentarischen Verhältnissen erfahrener Unterstaatssekretär" zu ernennen sei. Der Reichskanzler stellte die Berufung einer ihm bezeichneten Persönlichkeit in Aussicht, wurde aber an der Erfüllung seiner Zusage durch seine Erkrankung verhindert. Das Ergebnis war, daß das bereits bewilligte selbständige Reichsamt in dritter Lesung abgelehnt wurde." — Das soll wohl heißen, daß die Nationalliberalen nur dann für das Reichskolonialamt zu haben gewesen wären, wenn einer der Ihrigen, offenbar der heilige Paasche, zum Staatssekretär dieses Amtes ernannt worden wäre! Man sieht, wie die Kolonialpolitik von den Kolonialfexen ausschließlich vom Standpunkt der Geschäftshuberei aus betrieben wird!

Der bayerische Streikerlaß ist aufgehoben worden und zwar in aller Stille. Sie war eine rein persönliche Leistung des Gendarmerie Hauptmanns Häffner, die „Belehrung" der Gendarmerie Kompanie von Niederbahern über ihre „Tätigkeit bei Arbeitseinstellungen". Herr Häffner ist deswegen auch vom Ministerium nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß 1. die Hinausgabe derartiger Erlasse außerhalb seiner Kompetenz liegt, daß 2. Gendarmerie und Polizei sich unter keinen Umständen in Lohnstreitigkeiten einzumischen haben, und daß 3. auch von einem Gendarmerie-Hauptmann wenigstens die Kenntnis der Gesetze vorausgesetzt werden muß, auf die er bei Belehrung seiner Mannschaften hinweist, im vorliegenden Falle seien aber die Hinweise des Herrn Häffner sowohl auf das Vereinsgesetz wie auf das Polizeistrafgesetz direkt — gesetzwidrig gewesen! — Sonderbarerweise ist das bayerische Ministerium des Innern so bescheiden und schweigt sich über seine Tat vollständig aus. Warum wohl??

Mit dem neuen Brausteuergesetz scheint der Bundesrat ganz nach Belieben umgesprungen zu sein. Eben ist erst eine amtliche Fälschung des Gesetzestextes in § 3a aufgedeckt, und nunmehr macht die „Tagesztg. für Brauerei" auf eine gesetzwidrige amtliche Ausführungsbestimmung aufmerksam. Nach § 8 Abs. 2 des Brausteuergesetzes vom 3. Juli 1906 ist die Brausteuer gegen Sicherheitsbestellung „für eine Frist von drei Monaten" zu stunden. In den amtlichen, vom Bundesrat genehmigten Ausführungs-Bestimmungen zu diesem Paragraphen ist hierzu folgendes bestimmt (§ 13 der Ausführungsbestimmungen): Die Stundungsfrist beginnt mit dem Tage der Fälligkeit." „2. Die gestundeten Beträge sind spätestens am 25. Tage des Monats, in dem die Stundungsfrist abläuft, und wenn dieser ein Sonn- oder Festtag, am vorhergehenden Werktag einzuzahlen. Nach dem Gesetz ist die Steuer also für eine Frist von drei Monaten zu stunden; nach den Ausführungsbestimmungen wird aber diese Frist um fünf bis sechs Tage gekürzt, da der gestundete Betrag bereits am 25. bezw. 24. des Monats, in dem die Stundungsfrist abläuft, einzuzahlen ist. Diese Kürzung mag auf den ersten Blick unerheblich erscheinen, fällt aber, wie das Fachblatt meint, für größere und große Brauereien angesichts der sehr hohen Steuerleistung derselben immerhin ins Gewicht. Abgesehen hiervon aber ist die Sache auch von erheblicher grundsätzlicher Bedeutung. Es kann doch gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Bundesrat nicht befugt ist, Ausführungs-Bestimmungen zu einem Gesetz zu erlassen, welche dem Wortlaut und dem Sinne des Gesetzes widerstreiten.

Wilhelm II. und die Presse. Aus Tischgesprächen des Kaisers an Bord der „Hamburg" mit dem französischen Deputierten Gaston Menier und anderen französischen Gästen veröffentlicht der Pariser „Matin" folgende interessante Aeußerungen: „Man hat meine Absichten in der Marokkofrage mißverstanden und meine Gedanken entstellt. Wenn ich jemanden beschuldigen wollte, wäre das die Presse. Sie ist an viel Schlechtem schuld. Die Unverantwortlichkeit, die im Journalismus herrscht, ist sehr sonderbar. In allen anderen Berufszweigen muß jemand gewisse Bedingungen erfüllen. Der Arzt kann den Kranken nur pflegen, wenn er ein Examen bestanden hat, das ihm oft viele Arbeitsjahre gekostet hat. Der Advokat kann erst plädieren, wenn er Jura studiert hat. Nur der Journalist braucht weder Examina noch Studien. Ein junger Mann von 22 Jahren kann in dem größten, geachtetsten Blatte der Welt einen Artikel schreiben, der den stärksten Widerhall finden und den mächtigsten Eindruck auf die Zeitgenossen machen kann. Täglich befinden sich in den Zeitungen Kommentare und Kritiken, deren Verfasser gewiß ehrliche Männer sind, die aber oft der Kenntnisse ermangeln. Diese Männer sind Leiter der öffentlichen Meinung, sie üben den größten Einfluß aus und sind oft am wenigsten dazu geeignet." — Ohne Zweifel hat Wilhelm II. hier nur die ihm und seiner Regierung, seinen Ansichten und Absichten opponierenden Journalisten im Auge gehabt. Solche Journalisten, die immer auf Seite des Monarchen und der Regierung stehen, erbringen damit ohne weiteres den Befähigungsnachweis. Uebrigens aber: die Journalisten sind leider nicht die einzigen, von denen kein Examen verlangt wird. Auch die Monarchen sind frei davon, und es gibt Leute, die das als Majestätsbeleidigung erachten würden, wollte jemand fordern, daß auch die Monarchen sich einem Befähigungsnachweis zu unterziehen haben.

Die Reichseinnahmen haben im ersten Viertel des laufenden Finanzjahres, d. h. in den Monaten April, Mai und Juni, wieder eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die Isteinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern hat 207,9 Millionen Mark, 16,6 Millionen Mark mehr als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, betragen. Zu dem Mehr hat in erster Reihe die Zuckersteuer und zwar 7,6 Millionen Mark beigesteuert. Des weiteren hat die Branntweinverbrauchsabgabe ein Mehr und zwar in Höhe von 3 Millionen Mark geliefert. Die Einnahme aus der Salzsteuer steigt stetig; sie hat zu dem Mehr diesmal 1 1 Mill. Mark beigetragen. Auch sämtliche übrigen Verbrauchsabgaben haben Ueberschüsse gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erbracht, nur bei der Tabaksteuer war ein Weniger von einer Viertelmillion Mark zu verzeichnen. Was die anderen in den monatlichen Nachweisen aufgeführten Reichseinnahmen betrifft, so haben die Erträge der Reichsstempelabgaben im ersten Vierteljahr 18,3 Millionen Mark oder nahezu 1 Million Mark mehr als im gleichen Zeitraume des Vorjahres eingebracht. Von dem Mehr entfällt der Hauptteil auf die Börsensteuer, die bekanntlich schon im Vorjahre eine Summe abgeworfen hat, wie nie zuvor. Die beiden Hauptbetriebsverwaltungen des Reiches, Post und Eisenbahnen, weisen gleichfalls Mehreinnahmen auf; jene im Betrage von 7,8, diese in Höhe von 2,8 Millionen Mark. Bei beiden aber ist zu beachten, daß die Erweiterung des Verkehrs, der die Mehreinnahmen zu danken sind, auch mit Mehrausgaben verknüpft sind, und daß eine Brutto-Mehreinnahme noch keine Erhöhung des Rein-Ueberschusses verbürgt. — Die Einnahmen des Reiches befinden sich demnach in rascher Zunahme, doch noch weit stärker steigen die Ausgaben für Heer und Marine.

Rußland.

Ein Aufruf der Sozialdemokratie Polens. Das Zentralkomitee der Polnischen Sozialdemokratie hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem es die vom Proletariat in der nächsten Zeit zu befolgende Taktik feststellt. Das Zentralkomitee warnt das Proletariat vor den Provokationen der Regierung, die durch die Duma-Auflösung das Volk in einen unbesonnenen Verzweiflungsaufstand hetzen wolle, um diesen in einem Meere von Blut zu ersticken: „Arbeiter! Zeigt, daß das revolutionäre Volk der seiner harrenden wichtigen Aufgabe gewachsen ist. Keine unbesonnenen Aufstände! Kein planlosen, chaotischen Streiks! Das polnische Proletariat kann den entscheidenden Kampf wagen nur im Verein mit seinen russischen Brüdern, nur wenn zu ihm die Kunde dringt von dem Aufstand in Petersburg, in Moskau, im Herzen Rußlands; denn das Proletariat kann in den Kampf rücken nur als eine geschlossene, festgefügte revolutionäre Armee. Arbeiter! An Euch ist die Reihe, zu zeigen, wie groß die politische Reife, der revolutionäre Mut und die Macht des Proletariats ist. Die Helden des Wortes — die liberale Bourgeoisie — sind von der politischen Szene verschwunden. Die Helden der Tat — das Proletariat — treten auf. Laßt Euch nicht von den verräterischen Provokationen der zarischen Schergen betören. Drohendes Schweigen und Bereitschaft zum unerbittlichen Kampfe in Reih und Glied mit dem revolutionären Volke ganz Rußlands — dies sei unsere Losung! Nieder mit der liberalen Komödie! Es lebe die Revolution! Nieder mit der Selbstherrschaft! Es lebe die allrussische konstituierende Versammlung! Es lebe die demokratische Republik!"

Die Revolution. Als die Kunde von der Auflösung der Reichsduma am Dienstag nach der Festung Deschlagar in Transkaukasien gedrungen war, tötete die dortige Garnison den Kommandanten, alle Offiziere und Priester und eignete sich die Gewalt in der Stadt an. Am Post- und Telegraphenamt sowie an sämtlichen anderen staatlichen Gebäuden stellten die Meuterer Patrouillen auf. Das Jekaterinodar—Kuban-Gebiet befindet sich völlig in der Hand revoltierender Truppen.

Die Militärrevolte von Sveaborg wird von verschiedenen einander widersprechenden Depeschen behandelt. Der Petersburger Telegraphenagentur wird aus Helsingfors gemeldet: Gestern (Dienstag) abend brach in der Festung Sveaborg ein Aufruhr einer Pionierkompagnie aus, dem sich eine Anzahl Artilleristen angeschlossen hatte. Die Aufrührer bemächtigten sich dreier detachierter Forts und eröffneten eine Kanonade auf die Festung, wobei es Tote und Verwundete gab. Die Garnison der Festung ist um zwei Kompagnien verstärkt worden. Heute (Mittwoch) hat die Kanonade aufgehört. Es drangen in die Bureaus des Hafens von Skatuden mehrere Dutzend Privatpersonen ein, die durch Matrosen mit Waffen versehen worden waren. Alsbald begann ein Aufruhr unter der Flottenmannschaft. Eilig herbeigerufene Truppen isolierten das von den Meuterern besetzte Fort Skatuden von der Stadt. Die Gebäude, in denen sich die Aufrührer verbarrikadierten, wurden von drei Kreuzern und Maschinengewehren beschossen. Um 5 Uhr nachmittags drangen die Truppen in den Hafen ein und entwaffneten die Insurgenten. In Helsingfors herrscht große Unruhe. Sie legte sich dann etwas, aber in der Arbeiterbevölkerung hielt sie an. Die Arbeiter, die mit einem Zuge von Helsingfors gekommen waren, bemächtigten sich der Station Richmjaki und erklärten, sie würden keinen Militärzug passieren lassen. Wie dem Svenska Telegrambyron aus Helsingfors gemeldet wird, nahm der Bürgerstand des finnischen Landtages eine Resolution an, nach der es unter den gegenwärtigen ernsten Verhältnissen jedem finnischen Bürger zur Pflicht gemacht wird, sich jeder ungesetzlichen Handlung zu enthalten, sowie die Behörden bei der Aufrechterhaltung und Wahrung der Ordnung zu unterstützen. Die übrigen Landtagsstände haben sich der Resolution angeschlossen. Die Einwohner von Skatuden haben die Erlaubnis erhalten, in ihre Wohnungen zurückzukehren. Die Schriftsetzer beschlossen, in den Ausstand zu treten. — In der Nähe der Bahnstation Richimyaki wurde die Brücke 5 gesprengt; auch zerstörte die „Rote Garde" das Geleise zwischen zwei weiteren Stationen. Die Ruhe auf Skatuden ist wiederhergestellt. 110 Matrosen und 11 Privatpersonen sind entwaffnet worden. Das Eintreffen anderer Truppen wird erwartet. — Eine weitere Meldung besagt: Nach den letzten Nachrichten aus der Festung Sveaborg ist die Lage dort höchst beunruhigend. Ganz Sveaborg befindet sich in den Händen der Meuterer. Alle Inseln außer zwei befinden sich ebenfalls in ihren Händen. Aus Reval wie aus Hangoe ist ein Geschwader eingetroffen unter dem Kommando des Großfürsten Alexander Michaelowitsch, des Schwagers des Zaren. Den aus Wilmanstrand zur Niederwerfung des Aufruhrs berufenen Truppen war die Landung unmöglich; zwei Maschinengewehrabteilungen vernichteten teilweise selbst die Maschinengewehre, um nicht aktiv gegen die Meuterer einzugreifen. Zwischen allen großen Städten Finnlands ist der Eisenbahnverkehr unterbrochen, die Rote Garde hat mehrere Brücken zerstört. Ein Anführer, Kapitän Kock, wollte den Generalstreik inszenieren, der aber mißlang. Die Miliz der Konstitutionalisten tritt gegen die Aktion der roten Garde auf. Die Gouverneure haben an alle Kreischefs Telegramme gesandt und sie aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, um dort einer Gärung unter der Bevölkerung vorzubeugen. Der in St. Petersburg weilende Staatssekretär Finnlands, General Langhoff, äußerte sich dahin, daß die russische Regierung einen großen Fehler durch die Entfernung der russischen Truppen aus Finnland begangen habe; so steht nur Nationalmilitär zur Verfügung; es müßten sofort energische Maßregeln gegen die Revolutionäre ergriffen werden. Die Lage ist furchtbar ernst. Man spricht davon, daß sich zwei Kriegsschiffe den Meuterern angeschlossen haben. In Sveaborg wurden 6 Personen arretiert, die Massenproklamationen an die Truppen bei sich führten. — Nach einer anderen Meldung soll die Ruhe wiederhergestellt sein. Offiziell wird zwar behauptet, der Aufruhr sei unterdrückt, doch nimmt man an, daß die Militärbehörden große Zugeständnisse machen mußten, um die Aufrührer zur Waffenniederlegung zu überreden. Ein großer Teil Verwundeter ist jetzt in den Stadthospitälern untergebracht. Ursprünglich sollte in Sewastopol, Kronstadt und Sveaborg gleichzeitig ein allgemeiner Militäraufstand stattfinden. Die Revolte in Sveaborg ist jedoch infolge der plötzlichen Verhaftung von 10 Soldaten der Minenkompagnie vor dem festgesetzten Termin ausgebrochen. Dabei sind die jüngeren Seeoffiziere sämtlich zu den Meuterern übergegangen, während die älteren Offiziere von den Aufständischen zum teil arretiert und zum teil niedergemacht wurden. Die revoltierenden vier Kriegsschiffe beabsichtigten, gegen Kronstadt vorzugehen.

Der frühere Abgeordnete Solomko, der bei der Schließung der Zeitung „Mysl" als Redakteur derselben nicht verhaftet werden konnte, ist bei seiner Rückkehr von Sudsha festgenommen worden.

Wie den Blättern aus Terijoki (Finland) gemeldet wird, wurde Dienstag Abend 9 Uhr der frühere Abgeordnete Herzenstein, als er mit Frau und Tochter am Meeresstrande spazieren ging, durch zwei aus einem unbewohnten Gebäude abgefeuerte Schüsse getötet. Die Tochter wurde an der Hand verwundet. Der Täter entkam. „Rjetsch" weist darauf hin, daß der gestern um 6 Uhr Nachmittags in Moskau weilende frühere Abgeordnete Jollos telephonisch bei der Redaktion anfragte, was mit Herzenstein passiert sei. In Moskau sei das Gerücht verbreitet, daß er ermordet worden sei.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Minister als Erpresser. In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses am 30 Juli brachte Abgeordneter Achin im Wege einer dringlichen Interpellation eine am Tage vorher in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" geschilderte Schufterei des Honvedministers Ludwig von Jekelfalussy zur Sprache. Der Sachverhalt ist folgender: Zu Beginn dieses Jahres wurde der Oekonomiebeamte Georg Kovacs auf der Besitzung des Honvedministers bei Leoto im Komitat Hont vertragsmäßig für die Dauer eines Jahres angestellt. Kovacs zog sich jedoch bald das Mißfallen des Herrn v Jekelfalussy zu, der ihm, so oft er das Gut besuchte, schikanierte. Am 16. d. Mts. forderte v. Jekelfalussy den Kovacs auf, das Inventar am 22. d. Mts. einem neu engagierten Wirthschaftsbeamten namens Ludwig Csiszer zu übergeben und das Gut alsbald zu verlassen. Herr v. Jekelfalussy weigerte sich nicht nur, dem Kovacs den restlichen Teil seines Jahresgedinges — an Geld und Naturalien etwa 600 Kronen — auszufolgen, sondern forderte von ihm noch 166 Kronen 40 Heller Schadenersatz für verdorbene Saaten, was jedoch Kovacs als unberechtigt zurückwies. Die Uebergabe erfolgte am 22. ds. und am selben Tage reiste sowohl der Honvedminister wie sein plötzlich entlassener Oekonomiebeamter von Losto ab; der Minister nach Budapest, der Beamte nach Kemend. Bei der Abreise bemerkte der Minister, daß sich Kovacs im selben Zuge befinde. In der nächsten größeren Station verließ er seinen Salonwagen, begab sich in das Amtszimmer des Stationschefs und telephonierte an das Kemender Gendarmeriepostenkommando, der mit dem nächsten Zuge dort ankommende Georg Kovacs sei sofort zu verhaften. Dann setzte der Minister die Reise fort. In

der Station Kemend wurde Kovacs von zwei Gendarmen prompt verhaftet und in die Gendarmeriekaserne eskortiert; seine am Perron erschienene Gattin wurde bei diesem Anblick vor Schrecken ohnmächtig. Auf die Frage Kovacs' nach der Ursache seiner Verhaftung antworteten die Gendarmen: „Das wissen wir selbst nicht. Seine Exzellenz der Honvedminister hat Ihre Verhaftung anbefohlen.“ Georg Kovacs ersuchte den Gendarmeriewachtmeister Jose Barta, er möge den Minister, der in Parkany Nina den Anschluß an den Wien Budapester Eilzug erwarten werde, durch den dortigen Stationschef zum Telephon bitten lassen und ihn fragen, was weiter geschehen solle. Der Wachtmeister, der es besser als sein oberster Chef wissen mochte, welche Ungesetzlichkeit dieser angeordnet, willfahrte dem Verlangen und erhielt vom Honvedminister telephonisch folgende Weisung: „Wenn Georg Kovacs 166 Kronen 40 Heller, die er mir für verdorbene Saaten schuldet, erlegt, kann er entlassen werden.“ Kovacs beeilte sich, dem Wachtmeister diesen Betrag einzuhändigen, wofür ihm dieser auf sein Verlangen eine amtliche Quittung ausstellte. Unser Wiener Parteiorgan bemerkte dazu: „Nun muß man fragen: Ist der Feldmarschalleutnant Ludwig Jekelfalussy von Jekel- und Margitfalva verrückt geworden oder ist sein Verhalten der Ausfluß agrarfeudalen Beamtentums? Das Schuldergefängnis gehört schon längst der Vergangenheit an; aber auch wenn es noch bestände, könnte nur ein richterliches Urteil die Verhaftung anordnen. Herrn von Jekelfalussy als Honvedminister ist die Gendarmerie nur disziplinariter untergeordnet (polizeilich untersteht sie dem Minister des Innern); aber er scheint zu glauben, er könne mit ihr wie mit seinem Gesinde schalten und sie kurzerhand zur „Regelung“ seiner privaten Streitigkeiten verwenden. Der königlich ungarische Honvedminister hat im Sinne des ungarischen Strafgesetzbuches an dem Oekonomiebeamten Georg Kovacs eine Erpressung, eine Verletzung der persönlichen Freiheit und den Mißbrauch der Amtsgewalt begangen.“ — Die Interpellation des Abgeordneten Achin wurde vom Ministerpräsidenten mit der Erklärung abgetan: da weder der Minister des Innern, noch der Justizminister, noch der Honvedminister im Hause anwesend, wolle er sich „nur in Kürze“ äußern, denn er könne die Beschuldigungen, welche gegen den Honvedminister erhoben wurden, diesem weder zumuten noch an ihre Wahrheit glauben. Aus diesem Grunde könne er sich über diese Angelegenheit jetzt meritorisch nicht äußern und sich darüber kein Urteil bilden. Er bedaure, daß der Honvedminister, der bereits vorgestern seinen Urlaub angetreten habe, in der heutigen Sitzung nicht erscheinen konnte. Er bitte deshalb das Haus, so lange sich der Honvedminister in dieser Angelegenheit nicht geäußert habe, mit dem Urteil gleichfalls zurückzuhalten. Der Interpellant möge auch beruhigt sein: von der Regierung sei die Anarchie nicht zu befürchten. Da das Haus sich bis zum 10. Oktober vertagt, so hat der Honvedminister Zeit, zu überlegen, wie er sich am besten aus der Affäre herauslügen kann.

England.

Zerstörte Illusionen. Im Oberhause hielt Twendmouth, der erste Lord der Admiralität, am Montag bei der Generaldebatte über die Marineangelegenheiten eine Rede, die ganz danach angetan ist, gewisse Illusionen zu zerstören, als ob die jüngsten Schönredereien über Englands Flottenprogramm einem ehrlichen Bekenntnis zur Abrüstungstheorie gleichkämen. Die englische Konzession, das Bautempo zu verlangsamen, entspringt danach dem Gefühl der Sicherheit, in absehbarer Zeit doch von keiner anderen Macht auf dem Meere überflügelt zu werden! Twendmouth sagte z. B.: „Die Vorschläge der Regierung bergen keine Gefahr in sich und stehen vollkommen im Einklang mit den wahren Interessen des Landes. Die Admiralität ist mit Rücksicht auf die großen Aenderungen und die Aufschübe, die bei ausländischen Schiffsneubauten in diesem Jahre eingetreten sind, zu der Ueberzeugung gekommen, daß es klug und richtig sei, unser Bauprogramm herabzusetzen. Als das ursprüngliche Programm aufgestellt wurde, glaubten wir, daß Frankreich mit dem Bau mehrerer sehr großer Linienschiffe beginnen wolle, die Vereinigten Staaten mit dem Bau von zwei neuen Linienschiffen, Rußland mit dem von einem Linienschiff und zwei Panzerkreuzern, sowie Deutschland mit dem von zwei sehr großen Linienschiffen und einem Panzerkreuzer; aber von Woche zu Woche haben wir Nachrichten über die Hinausschiebung des Baubeginns dieser Schiffe erhalten. Deutschland hat sein Bauprogramm nicht innegehalten, und erst heute morgen habe ich die Nachricht erhalten, daß das erste der beiden deutschen Linienschiffe nicht vor Anfang September auf Stapel gelegt werden wird. Ebenso werden sechs neue Linienschiffe für die Vereinigten Staaten und Frankreich nicht vor dem Jahre 1912 fertiggestellt sein, und in Rußland sind die Forderungen für Neubauten um $2^1/_2$ Millionen Pfund Sterling herabgesetzt worden. Außerdem war für uns noch die Erwägung maßgebend, daß wir durch die Manöver dieses Jahres in schlagendster Weise die große und unmittelbare Wirksamkeit unserer Flotte bewiesen haben.“ — Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam Goschen auf den Zweimächte-Standard zurück und gab zu, daß eine französisch-deutsche Kombination sehr unwahrscheinlich sei. Wenn aber England und Frankreich in einen Krieg gerieten, würden Deutschland und seine Freunde unbequeme Neutrale sein. Bezüglich der Haager Konferenz erklärte er: die unglückseligen Rüstungsausgaben in Europa seien nicht auf Eitelkeit oder auf das Verlangen nach Ruhm zurückzuführen. Oesterreich z. B., für dessen Mißerfolge England stets großes Mitgefühl gehabt habe, unterhalte eine Armee zur Verteidigung seiner nationalen Existenz, während Deutschland seine Ausgaben für die Flotte vergrößere nicht zu Angriffszwecken, sondern weil es — wie auch andere im Wachsen befindliche Mächte — sich ausdehnen und eine entsprechende Seemacht haben müsse, um sich zu behaupten! Diejenigen, welche glaubten, daß irgend etwas, was auch immer bei der Haager Konferenz herauskommen möge, das aufhalten würde, was Kaiser Wilhelm für seine Mission halte, namentlich soweit es die Ausdehnung der Macht Deutschlands betreffe, gäben sich Illusionen hin.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 2. August.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Betrieb von V. Holst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Zur Erhöhung der Bierpreise. Wie wir bereits kurz berichtet haben, beabsichtigen die hiesigen Brauereien, den Bierpreis um 1,50 Mk. pro Hektoliter zu erhöhen, und zwar soll diese Erhöhung am 15. August in Kraft treten. Im allgemeinen sind nun die Brauereien doch recht gewinnbringende Unternehmen, die wohl imstande wären, wenigstens einen erheblichen Teil der ihnen vom Reichstage und der Reichsregierung auferlegten Lasten zu tragen. Aber das fällt ihnen garnicht ein. Im Gegenteil, es ist von ihnen beabsichtigt, die Brausteuererhöhung zum Vorwand zu nehmen, um sich selbst Vorteile zu verschaffen. Man setzt zu diesem Zweck den Bierpreis weit höher hinauf, als er nach Aufschlag der beschlossenen Steuer sich belaufen würde. So handeln die Brauereien, die man doch immerhin zu den „tragfähigen Schultern“ rechnen kann. Die Wirte sind natürlich wenig erbaut von dem Vorgehen der Brauereien. Wie es heißt, nahmen die beiden hiesigen Wirtevereine gestern in dieser Angelegenheit Stellung, doch scheint man über die gefaßten Beschlüsse und die Aussprache Stillschweigen bewahren zu wollen. Dennoch sickert allmählich etwas über die Absichten eines Teiles der Gastwirte durch. So kann man bereits hören und lesen, daß beabsichtigt ist, anstatt wie bisher [illegible] Liter später nur [illegible] Liter für 15 Pf. zu schenken. Tritt dieser Fall wirklich ein, so erzielen auch die Wirte aus der Erhöhung des Bierpreises für sich noch einen erheblichen Vorteil, denn sie selbst bezahlen 1,50 Mk. pro Hektoliter mehr, erhalten aber von den Gästen 4,95 Mk. pro Hektoliter Aufschlag, so daß für sie ein barer Mehrverdienst von etwa 3,50 Mark pro Hektoliter erwächst. Demnach haben die Konsumenten nicht nur die ganze Brausteuererhöhung zu tragen, sondern sie sollen von den Brauereien und Gastwirten noch extra geschröpft werden. Hoffentlich wehrt sich das Publikum im Verein mit den einsichtigeren Gastwirten, die einem derartigen Vorgehen fernstehen, energisch gegen derartige Manipulationen. Durch dieselben wird jedoch recht drastisch illustriert, wie man bemüht ist, alle Lasten, die für volksfeindliche Zwecke zu tragen sind, dem Volke selbst aufzubürden.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Juli auf 632 (678), die der Besucher auf 687 (734). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 85 Personen. Auskünfte wurden erteilt 690 (697), darunter nach auswärts schriftlich 11 (14). Von den Besuchern waren organisirt 337 (350) Personen, und zwar gewerkschaftlich 243, politisch 14, gewerkschaftlich und politisch 80. Unter den verbleibenden 350 Nichtorganisierten befinden sich 77 Angehörige von Organisierten und 124 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 478 (505) männlich, 203 (226) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 609 (658); selbständige Gewerbetreibende, Beamte 2c. und deren Angehörige 72 (73); Organisationen 6 (3). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 572 (585) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 35 (34), Oldenburg 42 (63), Mecklenburg 12 (16), Preußen 22 (34) und sonstwo 4 (2). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 158 (182), Arbeits- und Dienstvertrag 93 (91), bürgerliches Recht 300 (289), Strafrecht 64 (61), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 43 (35), Arbeiterbewegung 3 (4), Privatversicherung 7 (5), Handels- und Gewerbesachen 3 (6), Verschiedenes 19 (25). Von den Auskünften machten 93 (100) die Anfertigung von 111 (108) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 31 (21) sonstige Briefe und Postkarten. Eingingen 123 (118) Postsendungen. Der 2. Juli zeigte mit 51 (57) die höchste, der 14. Juli mit 8 (7) die niedrigste Besucherzahl.

Reichstagsersatzwahlen und Kriegervereine. Die letzten Reichstagsersatzwahlen haben das Bürgertum nervös gemacht, da der oft prophezeite Rückgang der Sozialdemokratie immer noch nicht eintreten wollte, sondern im Gegenteil die sozialdemokratische Bewegung rüstig vorwärts schreitet. Und das ist geschehen, trotzdem der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mit den schmutzigsten Mitteln der Verläumdung und Verdrehung gegen unsere Partei gearbeitet hat. Man sucht nunmehr nach weiteren Mitteln, um der Sozialdemokratie Abbruch zu tun, und da ist denn so ein Schlaukopf auf den Gedanken gekommen, die Kriegervereine als Sturmbock gegen den „inneren Feind“ zu benutzen. Dieser Gedanke, der zweifellos des Reizes der Neuheit entbehrt, wird vom Amtsblatt in einem Leitartikel ausgesponnen. In demselben heißt es u. a.: „Bekehrungsversuche, sachgemäßes und andauerndes Einwirken auf die große Menge wie auf den einzelnen — die sog. Kleinarbeit — sind zweifellos geboten und dürften auch von Erfolg begleitet sein, umsomehr, als zu erwarten ist, daß manche, die bis jetzt den Hetzreden der sozialdemokratischen Agitatoren blindlings gefolgt sind, mit der Zeit zu der Ueberzeugung gelangen werden, daß alle Prophezeiungen vom „großen Kladderadatsch“ und ähnlichen Dingen sich als irrige erweisen. In größeren Gemeinwesen — insbesondere in den großen Städten — ist die Besorgung solcher Kleinarbeit eine äußerst schwierige; anders und leichter ist es dagegen in einem Gemeinwesen wie Lübeck, zumal sich bei unserem ganz geschlossenen Wahlkreis die Verhältnisse besser übersehen lassen und trotz des Anwachsens der Bevölkerung in den letzten 30 Jahren und trotz der zum Segen der Allgemeinheit fortschreitenden Entwickelung industrieller Anlagen am Platze bei uns immer noch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auf manchen Stellen wenigstens, sozusagen ein mehr patriarchalisches Verhältnis besteht. Vielen Leuten innerhalb und außerhalb der Mauern der Stadt ist es daher auch ganz unverständlich, daß das alte Lübeck, dessen Einwohner sich von jeher durch nationale Gesinnung auszeichneten, und wo in allen Schichten der Bevölkerung eigentlich bisher eine gewisse Zufriedenheit herrschte, allmählich zu einer straff organisierten Stätte der Sozialdemokratie hat werden können.“ — Diese vielen Leute mit dem schwachen Begriffsvermögen haben wohl ganz übersehen, daß die Zeiten vorüber sind, wo ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestand. An Stelle desselben ist der Klassenkampf getreten, der in Lübeck mindestens in derselben Stärke tobt, wie in anderen Städten. Und nicht nur im wirtschaftlichen Leben, sondern auch im politischen Leben ist derselbe recht kräftig zu spüren. Ist doch Lübeck gerade diejenige Stadt, deren gesetzgebende Körperschaften durch einen dicken Strich die Einwohner in eine besitzende und in eine besitz- und rechtlose Klasse schieden. Trotzdem wundert man sich darüber, daß Lübeck zu einer straff organisierten Stätte der Sozialdemokratie geworden ist. Nun sollen die Kriegervereine helfen, und zwar ist ihnen die Uebernahme der Kleinarbeit zugedacht, zu der andere Leute zu „vornehm“ sind oder aus anderen Gründen keine Lust verspüren. Zum Schluß heißt es dann: „Wir sind überzeugt, daß wenn in unserer Stadt die alten Soldaten die in etwa 12 Kriegerverbänden vereint eine Armee von über 3000 Mann repräsentieren, den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen und bei ihrer Kleinarbeit von seiten des Reichsvereins und sonstiger patriotisch gesinnter Leute geeignete und rechtzeitige Unterstützung finden, unser altes Lübeck, die deutscheste der deutschen Städte, bei der Reichstagswahl im Jahre 1908 besser, wie bisher abschneiden wird.“ Der Artikel ist mit drei Fragezeichen unterzeichnet, was wohl symbolisch ausdrücken soll, daß sein Verfasser es selbst für fraglich hält, ob der Kampf der Kriegervereinler gegen die Sozialdemokratie erfolgreich sein wird. Wir zweifeln natürlich nicht daran, daß der Kampf unter Führung des Reichsvereins gewonnen werden muß — wie bisher! Bezeichnend aber ist es, daß gewisse Leute, welche die Kriegervereine für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, dieselben sonst immer für „unpolitisch“ erklären. Ein Arbeiter, der etwas auf sich gibt, sollte sich von diesen Hurrahschreiern überhaupt fernhalten.

Gewitterschäden in der Nachbarschaft. Das gestrige Gewitter hat zwar in Lübeck selbst keinen Schaden angerichtet, dafür aber im benachbarten Fürstentum Lübeck umsomehr. Wie unter Stockelsdorf gemeldet wird, wurde dort eine Frau und eine Kuh vom Blitz erschlagen. Weitere Hiobsposten kommen aus Ahrensbök und Gnissau. Im letzteren Ort wurde der Gemeindediener durch einen Blitzschlag getötet, während in Ahrensbök ein Müllergeselle mit zwei Pferden dem Gewitter zum Opfer fielen. Mehrere Abbaue wurden ein Raub der Flammen.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit wurde im Monat Juli von 9 Personen erworben. Den Bürgereid leisteten im gleichen Zeitraume 10 Personen.

Fahrpreise und Fahrkartensteuer auf der Lübecker Bahn. Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft hat, wie der „H. C. mitteilt, den Preis der Rückfahrkarte Lübeck — Hamburg oder umgekehrt auf 4 Mark bestehen lassen, trägt also in diesem Fall die Fahrkartensteuer selbst. Der Preis für Rückfahrkarte 2. Klasse ist von 6 Mark auf 5,80 Mark ermäßigt worden und beträgt inkl. des Steuerzuschlags von 40 Pfg. von jetzt ab 6,20 Mark. Die Ursache dieser Ermäßigung ist darin zu suchen, daß die Rückfahrkarte Lübeck—Hamburg bislang um 10 resp. 20 Pfg teurer war, als sie tarifmäßig hätte sein sollen.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern 25 Grad.

Wilhelm-Theater. Nach den vielen, in letzter Zeit fast ausschließlich den Spielplan beherrschenden, französischen Schwänken ist die Neueinstudierung des harmlosen Lustspiels „Die religiösen Studenten“ mit besonderem Interesse aufzunehmen. Am Sonnabend ist die erste volkstümliche Vorstellung angesetzt, zur Aufführung gelangt Anzengruber's Volksstück: „Der Meineidbauer“. Die nummerierten Plätze kosten 75 Pfg., Parterre 40 Pfg. Karten für diese Vorstellung sind schon von heute ab zu haben.

Herr Schütz, der vorzügliche und beliebte Charakterspieler und Komiker, welcher unter der Direktion Gottscheid im Stadttheater große Erfolge erzielte, wird am Dienstag nächster Woche im Wilhelm-Theater gastieren, und zwar in dem bekannten Lustspiel „Der Herr Senator“, in dem er die Titelrolle gibt. Der Künstler, der zum Winter an eine der ersten Berliner Bühnen engagiert ist, darf sicher sein, daß sich das Publikum, dem er so manche Stunde hat verkürzen helfen, an diesem Abend in großer Zahl im Theater einfindet.

Vorsicht beim Abspringen von der Straßenbahn. Eine Frau wollte am Dienstag von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen abspringen; sie kam jedoch hierbei zu Fall und erlitt einen Armbruch. Häufig kann man die Beobachtung machen, daß Leute von der Bahn abspringen, bevor dieselbe hält. Daß damit eine große Gefahr für Leben und Gesundheit der Betreffenden verbunden ist, liegt auf der Hand. Frauen haben dann meistens noch die Angewohnheit, nach hinten abzuspringen, was mit Sicherheit einen Sturz herbeiführt. Also nochmals: Vorsicht beim Abspringen von der Straßenbahn!

Erbschaftssteueramt. Auf Grund des § 1 der Ausführungsverordnung zum Reichs-Erbschaftssteuergesetz vom 25. Juli 1906 hat der Senat zum Vorsitzenden des Erbschaftssteueramtes den Regierungsrat Dr. jur. K. H. Plessing ernannt und zu bürgerlichen Deputierten bei dieser Behörde den Kaufmann A. Erasmi und den praktischen Arzt Dr. med. A. Th. Eschenburg erwählt.

Die Steigerung der Preise für Fleisch im Jahre 1905 geht deutlich aus dem vom Statistischen Amt für den Altonaer Handelskammerbericht hergestellten Jahresbericht hervor. Danach betrugen die Preise für Rindfleisch (Keule) im Januar pro Kilogramm 1,60 Mk., im Dezember 1,75 Mk., für Bauchfleisch 1,30 resp. 1,50 Mk., Schweinefleisch 1,34 resp. 1,70 Mk., Hammelfleisch 1,45 resp. 1,65, geräucherten Speck 1,55 resp. 2 Mk. Eine für den Etat eines Arbeiterhaushalts wesentliche Steigerung erfuhren die Preise für Roggen. Dieser kostete im Januar 1905 pro 100 Kg. gut 15,30 Mk., mittel 15 Mk., gering 14,65 Mk., im Dezember dagegen: gut 17,10 Mk., mittel 16,70 Mk., gering 16,34 Mk. Bei den gelben Erbsen stieg der Preis von 24 Mk. auf 26 Mk., weißen Speisenbohnen von 31,50 auf 32,50 Mk., und bei Linsen gar von 45 Mk. auf 61 Mk. Nur der Preis für die Kartoffeln fiel von 7,77 Mk. auf 5,45 Mk. Das ist nur ein Teil der Lebensmittel im Haushalte eines Arbeiters, und vom Fallen des Preises bei anderen Lebensmitteln hat der Arbeiter nichts gespürt. Wenn kein Ausgleich der Preise durch erhöhte Löhne stattfindet, so kann der Ausgleich eben nur auf Kosten der Lebenshaltung des Arbeiters herbeigeführt werden. Das ist der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik im Reiche.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Juli d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert: Ein größerer Geldbetrag in Papiergeld, diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt, mehrere Handtaschen mit Inhalt, div. Ringe und Broschen, eine silberne Damenuhr, ein Medaillon mit Ansicht, mehrere Stöcke und Schirme, eine Brille mit Futteral, ein Verkehrs-Atlas, eine Taschen-Laterne, eine Badehose, eine

Kinderschürze, ein Paket mit Wäsche, sowie mehrere Paar Handschuhe und Taschentücher.

pb. **Diebstähle in den Badeanstalten.** Einem Schulknaben wurde am 31. Juli d. J., nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, in der Freibadeanstalt an der Falkenwiese eine silberne Remontoiruhr mit Goldrand und der Fabriknummer 80 160 gestohlen. Die Uhr, an welcher sich eine doppelte Nickelkette befand, hat Emaillezifferblatt und goldene Zeiger. Zwischen den Ziffern befinden sich kleine goldene Punkte. — Am 1. d. M., zwischen 11 und 12 Uhr vormittags, wurde in der Damen-Abteilung der Badeanstalt am Falkendamm aus einer Kabine ein Portemonnaie mit 70 Mk. in Gold und etwa 4 Mk. in Silber- und Nickelgeld gestohlen. Außer dem Gelde befanden sich noch ein Damenring mit einem Rubin und dem eingravierten Datum 17. 11. 1867. — 26. 2. 1885. und eine silberne Brosche von der Form eines Lübeckischen Adlers darin.

pb. **Festgenommen** wurde ein Handlungsgehülfe aus Barmpholz und eine Kochmamsell aus Arnstadt. Ersterer führte in dem Geschäfte, in welchem es beschäftigt war, umfangreiche Warendiebstähle aus, und schenkte die Sachen der Kochmamsell mit der er sich zu verheiraten gedachte. Letztere wird sich wegen Begünstigung zu verantworten haben.

Stockelsdorf. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Stockelsdorf und Umgegend findet am Freitag den 3. August bei Paetau in Fackenburg statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig. — Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden in Zukunft am letzten Dienstag im Monat statt. — Das gestrige Gewitter hat hier starke Dimensionen angenommen; es goß in Strömen. Leider hat der Blitz auch ein Menschenleben gekostet. In Mori wurde eine Frau auf dem Nachhausewege vom Blitz erschlagen. In Fackenburg traf ein Blitzstrahl eine Kuh, welche getötet wurde.

Niendorf a. O. Achtung, baugewerblich Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Hamburg. Gewitterschäden. In der Nacht zum Mittwoch kam im Hamburg und Umgegend ein starkes Gewitter zum Ausbruch, das an der Unterelbe gegenüber Blankenese das Bauernanwesen von Hadler bei Neuenfelde einäscherte. Das Wohnhaus und zwei Scheunen brannten nieder. Ferner wurde in Neuland bei Harburg ein Haus von keinem kalten Blitzstrahl getroffen und eine Ecke des Hauses abgesplitert. In Allermöhe entstand ein größeres Feuer, zu dessen Entlöschung zwei Züge der Hamburger Feuerwehr entsandt wurden. — Für das 16. Deutsche Bundesschießen in Hamburg im Jahre 1909 stellte ein Hamburger Kaufmann 300 000 Mk. als Garantiefonds zur Verfügung. Der Mann wußte wohl seinen Geldüberschuß zu keinem nützlicheren Zwecke zu verwenden.

Flensburg. Durch einen Blitzschlag wurde bei dem gestrigen heftigen Gewitter der Schornstein des Schulhauses in Großsolt zertrümmert. Der Bauunternehmer und ein Geselle wurden schwer verletzt, ein Maurer sofort getötet.

Harburg. Eine herzzerreißende Szene spielte sich am Sonntag nachmittag am Köhlbrand ab. Eine Familie aus Hamburg ging dort spazieren, als der Mann den Einfall bekam, sich zu baden. Hierbei wagte er sich zu weit in den Strom, der ihn dann mit fortriß. Als ihn die Kräfte verließen, rief er um Hilfe. Da solche nicht sofort zur Stelle war, sank er vor den Augen seiner am Lande befindlichen Familie, die laut jammerte, in die Tiefe und ertrank. Die Leiche konnte trotz aller Mühe nicht geborgen werden.

Letzte Nachrichten.

Hirschberg i. Schl. Der Stellenbesitzer Berndt in Neu-Würgsdorf erschlug den Arbeiter Grundel. Dieser hatte an Berndts Schwiegermutter unsittliche Anträge gestellt.

Dresden. Im Vorort Uebigau wurden in der Elbe zwei mit Taschentüchern zusammengebundene Mädchenleichen gefunden. — In der Elbe ertränkte sich bei Schandau der Mörder des Touristenwirts Külbel auf Hochbusch (Sächsische Schweiz), Müchel.

Braunschweig. Der Bauklehrling Karl Brunke, der im Oktober vor. Jahres die Schwestern Haars erschossen hat und deshalb zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat sich im Gefängnis erhängt.

Clausthal. Ein Grubenunglück hat sich im Oberharz ereignet. Dort sind auf der Grube „Maria" bei Clausthal durch Einstürzen der Bühne fünf Leute ums Leben gekommen.

Berlin. Bei einem schweren Gewitter, das gestern nachmittag hier niederging, wurden in dem Vorort Lichtenrade ein Dachdecker und sein Geselle vom Blitz erschlagen.

Dortmund. Auf der Zeche „Freier Vogel" wurden durch einen zu früh losgehenden Sprengschuß zwei Bergleute sofort getötet und schrecklich verstümmelt, ein anderer lebensgefährlich verletzt.

Düren. Wie die „Dürener Ztg" meldet, wurden Mittwoch früh bei einem Gewitter zwei Arbeiter aus Walldorf auf dem Wege zu einer in Jübich belegenen Fabrik vom Blitze erschlagen.

Angersbach (Oberhessen). Die eigene Mutter erschlagen hat hier ein Bauernmädchen. Die Mutter hatte zu viel Schnaps getrunken und war mit der Tochter in Streit geraten, in dessen Verlauf diese eine Kartoffelhacke ergriff und die Mutter derart bearbeitete, daß sie ihren Verletzungen erlag.

Frankfurt a. M. Hier wurde die in dem hiesigen Kabarett zu den bösen Buben engagierte Sängerin Hegy mit ihrem Liebhaber in ihrer Wohnung erschossen aufgefunden. Die Hegy hatte einen Schuß im Herzen und in der linken Schläfe, ihr Liebhaber, der Kaufmann Meier aus Wien, einen Schuß in der rechten Schläfe. Sie ließen eine Postkarte zurück mit ihrer Doppelphotographie und der Inschrift: „Glücklich". — Eine der anziehendsten Sehenswürdigkeiten des Rheins, die mitten im Rhein bei Kaub gelegene Pfalz, ist der Vernichtung anheimgefallen. Gestern früh schlug der Blitz in das über 600 Jahre alte Bauwerk und setzte es in Flammen. In der Geschichte spielte die Pfalz zweimal eine Rolle. Im 30jährigen Kriege wurde sie 1620 bis 1632 von den Spaniern besetzt gehalten, in der Neujahrsnacht 1813 bis 1814 benutzte sie Blücher als Stützpunkt bei seinem Rheinübergang von Kaub aus.

London. Mit durchschnittenen Kehlen wurden am Montag in Winderboure (England) der Pfarrer, seine Gattin und seine Schwägerin in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Näheres über das Verbrechen ist noch nicht bekannt.

Newyork. Eine Explosion von Schießbaumwolle in der Fabrik der Cooper Chemical Co. in Newark (New Jersey) zerriß sechs deutsche Arbeiter und ein Gebäude in Stücke. Der dadurch entstandene Brand zerstörte noch drei andere Gebäude. Tausende von Menschen gerieten in einen panischen Schrecken, denn die Erde bebte auf anderthalb Meilen in der Runde. Tausende von Fenstern wurden zertrümmert. In einem benachbarten Park fand gerade ein Ballspiel statt, und die blutigen Leichenstücke flogen dort unter die Menge. Frauen fielen in Ohnmacht und die Menge zerstob in Windeseile.

Briefkasten.

A. E. § 1303 des Bürgerlichen Gesetzbuches besagt: Ein Mann darf nicht vor dem Eintritt der Volljährigkeit (d. h. dem 21. Lebensjahr), eine Frau darf nicht vor der Vollendung des 16. Lebensjahres eine Ehe eingehen. Im § 1305 heißt es dann weiter: Ein eheliches Kind bedarf bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres zur Eingehung einer Ehe der Einwilligung des Vaters, ein uneheliches Kind bedarf bis zum gleichen Zeitalter der Einwilligung der Mutter. — Daraus ergibt sich zweifellos, daß nach dem Eintritt der Volljährigkeit die Einwilligung des Vaters zur Eingehung einer Ehe nicht erforderlich ist.

Lübecker Marktpreise vom 1. August

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25, Hasen Stck. — Mk., Enten 2,80–3,20 Mk., Hühner Stck. 2,20 Mk., Tauben Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Fickgans — Mk., Schweinskeulen Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. — Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 9 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 80 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Aepfel beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. —,— Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Blumenkohl, d. Kopf 25—40 Pfg., Kirschen, Pfd. 25—40 Pfg., Kohl 100 Pfd. — M., Gurken, Kiste 4,— Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 6,— Mk., Kartoffeln, junge, 200 Pfd. —6 Mk., per 10 Liter 60 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 4,50 Mk., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Heringe 2 St. 10 Pf., Dorsche genügend., Brachsen Pfd. — Pf. Gemüse genügend.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 1. August 1906.

Der Schweinehandel verlief schleppend.

Zugeführt wurden 450 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 65—67 Mk., leichte 68 Mk., Sauen — Mk. und Ferkel 64—68 Mk. pro 100 Pfund.

Plötzlich und unerwartet starb unser innigst geliebter und unvergeßlicher Sohn

Paul

im Alter von 6 Monaten

Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3 Uhr zu Rensefeld statt.

A. Kuchnereit u. Frau geb. Lähndorf

Unserm lieben Großpapa **H. Dabelstein** zu seinem 70. Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch

Seine Enkelkinder

Friedchen, Franz u. Walter.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

S. V. St.

und Umgegend

am 3. August 1906, abends 8 Uhr

im Lokal **Pätau.**

Ein tüchtiger Schuhmacher

auf dauernde Beschäftigung gesucht

H. Herbold, Gewerbesstraße 40.

Stets frisch in Karton und auch ausgewogen empfiehlt bestens

Ludw. Hartwig.

Sie erhalten Lubeca-Marken

Führer

durch die

Strafprozessordnung.

Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei.

Von **Dr. Hugo Heinemann.**

Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co

Johannisstraße 50.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Ferdinand Lassalle's

Reden und Schriften.

Neue Gesamt-Ausgabe.

Herausgegeben

im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

von **Ed. Bernstein.**

Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.

Bandausgabe:

Band I:	geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden	Mk. 3,—
	in Halbfranz gebdn. (Liebhabereinband)	„ 4,—
Band II:	geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden	„ 4,50
	in Halbfranz gebdn. (Liebhabereinband)	„ 5,50
Band III:	geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden	„ 4,—
	in Halbfranz gebdn. (Liebhabereinband)	„ 5,—

Zur Beurteilung der geschichtlichen Entwickelung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

---

1 guterhaltener Kinderklappstuhl

(Buchenholz) billig zu verkaufen.

Engelsgrube 25. 2. Etg.

Alle Sorten

Frucht u. Gemüse

liefert billigst

Frau Herr, Warendorpstraße 34.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Hüxstr. 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise u. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,88
Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Kittzen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Rote Lubecamarken.

Eine Fuhre Heu zu verkaufen.

Näheres Lützowstraße 29

Bilder aus Lübecks Vergangenheit

Von **Theodor Schwartz.**

Preis: Broschiert Mk. 4.—, in Leinwd gebd. Mk. 5.—, oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Co.

Buchhandlung und Buchdruckerei.

Johannisstraße 50.

Mache hiermit bekannt, daß ich die

Wäscherei und Glanzplätterei

wieder angefangen habe und bitte ich die geehrten Bewohner von **Schlutup u. Umgegend,** mich gütigst unterstützen zu wollen

Hochachtungsvoll Frau **Elise Geese.**

Oeffentl. Verdingung

für den Neubau eines Wohn- und Druckereigebäudes auf dem Grundstücke Johannisstr. 46 der Lübeck. Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H. gehörend.

Es sollen öffentlich vergeben werden:

1. **Tischlerarbeiten;**
2. **Schlosserarbeiten;**
3. **Malerarbeiten.**

Die betreffenden Unterlagen sind von den unterzeichneten bauleitenden Architekten zu beziehen auch liegen im Bureau, Mengstr. 10. die Zeichnungen und allgemeinen Bedingungen zur Einsicht aus

Die Angebote sind geschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis Donnerstag, den 9. August, im Geschäftslokal der Lüb. Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H., Töpferweg Nr. 65, oder bis Freitag den 10. Aug., mittags 11 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstr. 50, einzureichen, woselbst die Verleiung der Resultate stattfindet

Schöß, Schöß & Redelstorff,
Architekten

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 3. August

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Wilhelm-Theater

Leitung: Dir. E. Feldhusen.

Freitag den 3. August 8 Uhr.

Die relegierten Studenten.

Lustspiel in 4 Akten von Benedix.

Sonnabend: Zu kleinen Preisen.

Der Meineidbauer.

Nummerierte Plätze 75 Pfg Parterre 40 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 178. Freitag, den 3 August 1906. 13. Jahrgang.

Borussia.

Der „Magdeb. Volksst." wird aus dem Kohlenrevier geschrieben:

Ein drückend heißer Sommertag. Im Herzen des rheinischen Industriegebietes liegt der graue Dunst der Schlote wie ein Nebelschleier über den Dächern. In der weiten Ebene verstreut liegen armselige Bergmannsdörfer. Sammlungen niedriger, rauchgeschwärzter Hütten. Dicht dabei, gleichsam abschließend, hohe Schachtgerüste, die Wahrzeichen des Kohlenlandes. Sie zeugen an, daß hier tief im Erdinnern Menschen schaffen, Kohle fördern. — Und in den Eingeweiden der Erde lauert das Verderben.

Auf solch hohem Schachtgerüst steigt jetzt ein schwarzes Fähnlein auf. Es ist das übliche Trauerzeichen der Zechen. Näherkommend sehen wir schwefelig-schwarze Schwaden aufsteigen; Qualm, dem Erdinnern entstiegen, legt sich über die nächste Umgebung. Am Zechentor stehen weinende Frauen, die den Gatten, Kinder, die den Vater, andere die den Sohn oder Bruder in der schauerlichen Tiefe wissen. Neue Rauchsäulen steigen auf und bange Fragen ringen sich bebend von den Lippen: Können sie sich gerettet haben? Ist es möglich, daß sie noch leben? Welchen Weg mag der fürchterliche Brand genommen haben? Und wenn ja, werden sie noch einen Ausgang aus all den giftigen Gasen zu der Ausfahrt finden?

Diese und tausend ähnliche Fragen bewegen alle die Menschenmassen, die dort draußen in banger Erwartung des Anblicks ihrer Lieben harren. Endlich kommen die Ersten. Erschöpft, berußt, zerrissen und zerschunden, haben sie sich einen Weg gebahnt über elende wackelige Fahrten, verfaulte Sprossen, durch niedrige, glitschige Gänge zum Licht des Tages. Hunderte haben so den Weg ins Freie gefunden. Wunderbarerweise, denn ein einziger Fehltritt, ein Straucheln, Fallen — und der Mann riß im Fallen die Kameraden mit sich in die Tiefe!

Die Geretteten erzählen von einer elenden Lotterei und Schlamperei dort unten: Eine Lampe, reif für den Schutthaufen, war herabgerissen worden, hatte Haufen trockenen Holzes in Brand gesetzt, die Schachtverkleidung ergriffen. Massen trockenen Kohlenstaubes hatten den Brand mit rasender Schnelligkeit fortgeleitet in die Strecken und Querschläge. Löscheinrichtungen waren vorhanden — auf dem Papier und in der Einbildung. Im kritischen Moment waren keine Schläuche da und auch kein Wasser konnte gegeben werden. Die Abschlußvorrichtungen waren unpraktisch angebracht, weder Plan noch Ziel in der ganzen Anlage. An der Signalvorrichtung standen Leute, die entweder des Deutschen nicht genügend mächtig oder geistig nicht befähigt waren, erhaltene Befehle sinngemäß und richtig wiederzugeben.

So wirkten denn alle jene Momente zusammen, um eine Katastrophe herbeizuführen. Infolge falschen oder nicht erhaltenen Bescheides — infolge aber auch des Umstandes, daß ein eigentlicher Fahrschacht, ein Rettungsschacht nicht vorhanden war, büßten 39 brave Bergleute ihr Leben ein, starben in der schauerlichen Tiefe eines jammervollen Todes!

Die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft erhoben schwere Anklagen gegen die Gesellschaft und die Bergbehörde. Zwar war die Grube das „Schmerzenskind der Bergpolizei" gewesen, zwar hatte man sie öfter befahren müssen, Verordnungen, Anschläge erlassen müssen, Rügen und Rüffel austeilen müssen — berieselt wurde aber trotzdem nicht genügend, die Lotterwirtschaft bestand weiter und die Bergpolizeibehörde erwies sich als unfähig, wirksam einzugreifen. Schwerste Anklagen wurden im Parlament erhoben. Von der Tribüne des Reichstags herab kritisierten die Vertreter der Arbeiter das menschenmordende System im Bergbau. Dann und wann sickerte so etwas wie von einer Anklage des Staatsanwalts durch; doch es bedurfte erst energischen Drängens, lauter und lauterster Mahnungen, um dem beleidigten Rechtsgefühl des Volkes Genugtuung zu verschaffen. Endlich wurde Anklage erhoben. Zwar nicht gegen die Aktionäre, die Börsenherren und Aufsichtsräte, auch nicht gegen die Aufsichtsbeamten der Bergpolizei. Der Betriebsführer ist der Verantwortliche nach dem Gesetz, er erhält auch die Anklage.

Und wieder ist's ein schwüler Sommertag. Im Vorhof, auf den Fluren und im Saale drängen sich Kopf an Kopf die Geretteten von damals. Im Sonntagsstaat, nicht zerrissen und berußt, wohl aber noch heute im Gesicht die Spuren schwerer ausgestandener Leiden. Noch einmal rollt vor unserm geistigen Auge das Drama von „Borussia" vorüber, noch erleben wir all das Schreckliche, was sich dort im Erdinnern, Hunderte von Metern tief zugetragen, mit. Die Zeugenaussagen, die Beweisaufnahme gestaltet und verdichtet sich zu einer einzigen ungeheuren Anklage — gegen den im Armensünderbänkchen sitzenden Beamten? Weit gefehlt! Der war ein Bergmann, er tat als solcher seine Pflicht, war nur ein Werkzeug. Aber diejenigen, in deren Händen er das Werkzeug gewesen, diejenigen, unter deren Augen sich der jahrelange Schmutz und der Unrat ansammeln konnte, sie zierten in Wirklichkeit die Anklagebank!

Die Gutachten sind nichts anderes als Verteidigungsreden des herrschenden Systems im Bergbau. Nur einer macht nicht mit. Er gilt als Autorität in seinem Fach, er war in Courrieres und leitete dort die Rettungsarbeiten, er macht auch in seinem Aeußern eher den Eindruck des schwer arbeitenden philanthropischen Grüblers als den des geschniegelten Genußmenschen. Doch wagt er leise nur anzudeuten, was deutlich lesbar auf aller Augen und Zuhörer Mienen geschrieben steht: „Auf die Anklagebank gehören ganz andre, nicht der Betriebsführer Rüther ist der Schuldige!"

Das erklärt die Situation. Sein Antipode in der Korona der Sachverständigen erhebt sich hochrot und bebend: „Uns trennt eine unüberbrückbare Kluft!" ruft er pathetisch. „Ich erkläre unter meinem Eide, daß auch nicht der Schatten einer Schuld auf die Bergbehörde fällt!" Die Bergbehörde! Was keiner sich zu sagen getraute, was scheuerhaft wie ein Gespenst im Saale auf und nieder wallte — die Bergbehörde! Das war das bezeichnende Wort. Was half's, daß der Unvorsichtige die Wirkung seiner Worte abschwächen wollte? Was half's, wenn er im unvorsichtigen Uebereifer ausrief, daß der Beamte nicht nur dazu da sei, Unfälle zu verhüten, sondern daß man vor allen Dingen Kohlen haben müsse!

Das Wort war gesprochen, und so hat auch dieser Prozeß so unsagbar elend auch seine Veranlassung gewesen ist, Klarheit geschaffen. Der Schuldige ist entdeckt, und was wird man tun, um die Möglichkeit neuer Katastrophen zu verhindern?

Für unsere Frauen.

Raubbau.

K. Erst kürzlich ist in einer Artikelserie nachgewiesen worden, was für eine ungeheure Bedeutung die Frauenarbeit für die Gesamtindustrie hat, und daß dagegen die gewerbegesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Frauen und jugendlichen Arbeiter vielfach unbeachtet bleiben.

In den Entwicklungsjahren des Fabrikwesens in Deutschland, als Sozialdemokratie und Gewerkschaften noch nicht wirkten, um den Unternehmern und der Regierung das Gewissen zu schärfen, war der Raubbau, der mit der Frauen- und Kinderarbeit getrieben wurde, noch größer als heute. Das beweist die Entwicklungsgeschichte aller Industrien, besonders die der rheinischen Textilindustrie. Die rheinischen Industriellen sind geradezu verbrecherisch mit der Arbeitskraft der Frauen und Kinder umgesprungen, und an den Riesenvermögen mancher vornehmer Häuser klebt der sittliche und gesundheitliche Niedergang ganzer Generationen.

Die Fabrikanten holten auch schon damals die billigen weiblichen Arbeitskräfte aus weiter Ferne herbei, so daß im Jahre 1875 der Ueberschuß der Mädchen über die männlichen Arbeitskräfte von 20—25 Jahren in M.-Gladbach auf 32 Proz. gestiegen war. Die große Aktienspinnerei in M.-Gladbach holte 1859 mehr als 500 fremde Arbeiterinnen auf einmal herbei. Aehnlich verfuhr die Flachsspinnerei in Viersen, die im Jahre 1864 Hunderte von Arbeiterinnen aus England herüberrief. Die damals kleinen Städtchen waren auf derartigen sprunghaften Zuwachs nicht eingerichtet, und wie das Vieh wurden die Mädchen in kleinen, niedrigen Schlafsälen zusammengepfercht.

Schlimmer war es in den Spinnereien und Fabriken auf dem Lande, die oft stundenweit von den Wohnstätten entfernt lagen. Dort scharten sich die genügsamen Arbeiter und Arbeiterinnen die Flocken und Abfälle als Ruhelager zusammen, und in den stauberfüllten, verpesteten Fabriksälen wurden nicht selten Orgien wilder Lust gefeiert.

Die ersten Fabriken wurden sehr oft in alten Klöstern, Schlössern und sonstigen alten, unbrauchbar gewordenen Gebäuden etabliert, in deren niedrigen Räumen eine stickende, heiße Luft schwelte. In diesen verpesteten Höhlen arbeiteten bei schlechtem Lichte halbbekleidete Burschen und Mädchen, Frauen und Männer, und Seite an Seite mit ihnen Kinder von sechs Jahren an.

Im Kreise Mönchen-Gladbach war in den 50er Jahren die Hälfte aller Kinder von 9 bis 14 Jahren in der Fabrik tätig. Die Arbeitszeit umfaßte in Gladbach wie in Aachen als Minimum 12 Stunden, gewöhnlich aber 14 bis 15 und oft genug auch 16 bis 17 Stunden. Während dieser ganzen Zeit blieben auch die Kinder ununterbrochen in der Fabrik. Das Resultat war: übermüdete Schwächlinge mit kranken Augen, schwindsüchtiger Brust und schlechtem Magen. Von einer Schulbildung war natürlich keine Rede. Der Form halber hatten die Fabrikanten sogenannte Fabrikschulen errichtet, in die die Kinder, nachdem sie zwölf und mehr Stunden gearbeitet hatten, hineingeschickt wurden, und wo sie meistens bald friedlich schlummerten.

Im Jahre 1853 erließ die Regierung ein Gesetz gegen diese Greuel, das die Beschäftigung der Kinder unter zwölf Jahren untersagte und von 12 bis 14 Jahren „nur" eine sechsstündige Arbeitszeit gestattete. Doch die aufsichtführenden Behörden faßten das Gesetz noch weniger streng auf als die heutigen. Landräte und Bürgermeister wollten es mit den Fabrikanten nicht verderben, wurden sie doch von letzteren gewählt, da sie das Heft in den Gemeinderäten in Händen hatten. Oft fälschten die Fabrikanten das Alter der Kinder; etwaige Revisionen wurden ihnen vorher gemeldet, und lustig wurde unter dem Schutze der Behörden das Gesetz übertreten.

Diese „Stützen der Religion, der Ordnung und Sitte" haben die Gesundheit der Bevölkerung aufs tiefste geschädigt, die geistige Entwickelung total gehemmt.

Erst die Sozialdemokratie, die von Elberfeld-Barmen aus ihre Ideen auch in diese Industriegebiete verpflanzte, hat durch Anzeigen, durch ihre Kritik und durch ständige Agitation für die Durchführung und Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen gekämpft, während die dortigen Geistlichen die Kinder vielfach zu früh konfirmierten, sie vom Schulbesuch befreiten, damit die Fabrikanten sich ihrer bemächtigen konnten. Später haben einige Geistliche sich als Vertreter der Arbeiterinteressen aufgeworfen; doch als das Sozialistengesetz kam, sind diese Bestrebungen sang- und klanglos von ihnen begraben worden.

Heute noch bereichern sich die Nachfolger jener Kapitalisten vornehmlich an der anspruchslosen Frauenarbeit; die Arbeiterzüge führen jeden Montag Hunderte von hohläugigen Arbeiterinnen, die oft wie unentwickelte

Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

75. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Professor Simrath fuhr fort:

„Ueber uns wölbt sich ein Himmel und unsere Herzen ahnen einen erhabenen Gott, im übrigen sind wir in das Leben gestellt und den Gesetzen der gewaltigen Natur unterworfen, wer uns hinabzieht von dem ohnehin schmalen und schwer zu gehenden Pfaden der Entwickelung, deren Begehen unsere ganze Kraft, unser ganzes Denken und Arbeiten erfordert, in den Tartarus verrosteten fadenlindischen Aberglaubens, der stürzt uns von der Höhe unserer Kultur in die Kindheit der Menschheit zurück und befestigt uns wieder am Gängelbande unserer Amme. Das Leben ist ernst, der Kampf um das Dasein schwer, wir haben unablässig kämpfend eine hohe Stufe der Kultur erstiegen, unsere Philosophen haben erhabene Systeme geschaffen, die, so sehr sie auch Hypothesen sind, doch die Denkkraft und das Wissen der Menschen im edelsten, heiligsten Lichte erstrahlen lassen. Was für abgeschmackte Kindereien tischen uns dagegen die sogenannten Geister oder Hellseher auf. Wenn das die Wahrheit wäre, so würden wir nach unserem Tode rückwärts, aber nicht vorwärts gehen. Wir setzen Gott und die Natur herab, wenn wir unsere Namen mit dem Spiritismus in Verbindung bringen; Neger und kleine Kinder mag man mit solchen abfurden Märchen und Kunststücken überzeugen, aber der Gebildete verbirgt entrüstet sein Haupt. Denken wir nicht höher von Gott und uns selbst? Stehen wir fest auf dem Wege des Lebens, folgen wir still und emsig dem Pfade der Forschung, nur so werden wir die Wahrheit, soweit ihre Erkenntnis uns überhaupt beschieden ist, Stück für Stück erobern und ergründen. Halten wir als vornehmsten Satz das eine fest: Nur ein gesundes Gehirn, eine gesunde Seele können uns als Vermittler der Wahrheit dienen, wir werden sie nie empfangen aus den Händen von Betrügern und Kranken!"

Damit schloß Professor Simrath, und feierlich wehmütig reichte ihm Frau von Tillo die Hand. „Ich fühle, daß Sie recht haben, lieber Professor," sagte sie leise. „Die Menschen werden nicht glücklicher durch die Beschäftigung mit dieser Materie. Ich suchte Trost und fand mich nur immer aufgeregter und gequälter. Ich werde Ihre Worte treu behalten und darüber nachdenken."

Sie stand auf und gab damit das Signal zum allgemeinen Aufbruch. Erst tat sie hastig zwei Schritte nach dem Ausgange, dann kehrte sie wie einer inneren Eingebung folgend, noch einmal um, trat an Katies Bett und gab ihr die Hand zum Abschied. Katie Hyde schaute sie wie verwundert an, sie hatte fast gar nicht in der realen Welt gelebt, sondern nur in einem Traumleben, und die Menschen erschienen ihr so sehr als bloße Figuren in dem hochfliegenden Gedankenspiel ihres Daseins, daß sie noch gar nicht ernstlich daran gedacht hatte, sie könne an ihnen ein Unrecht zu sühnen haben. Sie nahm den Händedrück wie ein Huldigung an, ebenso von andern Mitgliedern der kleinen Versammlung, von denen keines das Zimmer verließ, ohne ihr die Hand zu reichen.

Der Professor war der letzte.

„Sie werden meinen Wunsch erfüllen, Herr Professor?"

„Ich werde genau nach Ihrer Anordnung verfahren."

„Danke."

Er ging hinaus. Draußen im Vorsaal erblickte er eine hohe Gestalt von exotischem Exterieur, ein Mann mit tiefbrauner Farbe, mit einem Kopf wie aus einer antiken Münze geschnitten, schneeweißem Haar und kühner Adlernase. Seine Kleidung, obwohl die eines Zivilisten, zeichnete sich durch einen unverkennbaren militärischen Schnitt aus. Auch seine Haltung war die eines alten Soldaten, doch lag jetzt ein trüber Glanz aus Schmerz und Freude gemischt, auf seinem narben- und faltenbedeckten Gesicht. Der Medizinalrat, der sofort nach Beendigung der Ausführungen des Professors das Zimmer verlassen hatte, schritt an seiner Seite, den Fremden in die Krankenstube geleitend.

Dr. Millian stand noch an der äußeren Pforte des Hauses, den Professor erwartend.

„Haben Sie den Herrn gesehen, der eben zu Katie Hyde geführt wurde?"

„Ja, ein interessanter Charakterkopf."

„Wissen Sie, wer das war?"

„Wer denn?"

„Katie Hydes Vater." . . . .

„Ja, es war Sir Robert Hall, der unglückliche Vater der beklagenswerten Somnambule."

Der Medizinalrat bat ihn, einige Augenblicke zurückzubleiben, bis er die Kranke vorbereitet hätte. Einen Augenblick zeigten die Züge der Verwundeten eine wehmütige Bewegung, als ihr der Name ihres Vaters genannt worden, dann glätteten sie sich wieder wie das Wasser nach einem Steinwurf und als der Weitgereiste hereintrat, empfing sie ihn mit offenbarer Freude, aber ohne jene tiefgehende Aufregung in sich zu verspüren, wie eine andere Person sie nach so langer Trennung und bei so unerwartetem Wiedersehen empfunden hätte.

Ganz anders der Vater. Der starke Mann hielt seine Arme um sie geschlungen und schluchzte bitterlich. Umarmte er doch in der Tochter alles, was er noch auf Erden besaß, was ihn an das Weib seiner Liebe erinnerte! Und wie emsig hatte er sie gesucht.

Katie Hyde schaute nicht ohne innere Unruhe nach dem Medizinalrat hin — er hatte diesmal das Zimmer verlassen.

„Was macht die Mutter, Vater?"

„O mein Kind, warum bist Du der Aufforderung meines Briefes nicht gefolgt?"

„Deines Briefes? Ich habe keinen erhalten! Wann hast Du mir geschrieben?"

Kinder aussehen, aus den Eifeldörfern in die Fabrikorte. Die Arbeiterinnen werden sorgfältig vor jeder Aufklärung bewahrt, indem ein großer Teil in eingerichteten Fabrikwohnställen einquartiert wird, wo abends um 9 Uhr die Bude zugemacht wird, eine Verständigung daher unmöglich ist. Aus anderen Orten des Niederrheins sind ebenfalls wahre Elendsbilder, besonders aus den Spinnereien, zu verzeichnen. Ueberall macht sich die geistige Degeneration, die sich von Generation zu Generation vererbt hat, bemerkbar.

Alle diese in der geistigen und körperlichen Entwicklung zurückgebliebenen Arbeiterinnen müssen aufgerüttelt und zum Klassenbewußtsein wachgerufen werden, damit sie mit für die großen Menschheitsideale der modernen Arbeiterbewegung kämpfen, bis auch die schlecht gelohnte Frauenarbeit der Arbeit der Männer in der Entlohnung gleichgestellt wird.

Soziales und Parteileben.

Achtung Buchbinder allerorten! Zwar ist der Friede offiziell für die Tarifstädte abgeschlossen, allein ein Teil der Ausgesperrten wird nicht sofort, sondern erst im Laufe der nächsten Zeit wieder eingestellt werden. Einzelne Arbeitgeber scheinen auch das nicht halten zu wollen, was bei den Einigungsverhandlungen in Leipzig vereinbart wurde, sondern eine Art Auslese in Aussicht zu nehmen, wie wenigstens ein Inserat im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien" vom 27. Juli vermuten läßt. Es heißt dort:

„Nach dem Streik werden für Stuttgart gesucht: Preßvergolder, Aufträgerinnen, Fertigmacher, Heftlerinnen, Marmorierer, Sortimenter. Dauernde Stellen, gut lohnende Stückarbeit. Näheres unter D 6475 an die Expedition dieses Blattes."

Das Inserat ist zwar vor dem Stattfinden der Einigungsverhandlungen in Leipzig aufgegeben worden, aber bezeichnend ist es immerhin, daß in demselben Blatte, das für die Veröffentlichung des Friedensvertrages seitens der Arbeitgeber vorgesehen ist, eine solche Annonce erschien. Man darf wohl hoffen, daß nunmehr nach dem Streik nicht nach jener Annonce verfahren wird, denn aus den Reihen der Ausgesperrten selbst können alle jene Arbeitskräfte genügend genommen werden. Auf keinen Fall wird sich aber der Buchbinderverband eine solche Heranziehung von Arbeitskräften nach den Tarifstädten durch die Prinzipale gefallen lassen, solange noch Ausgesperrte ohne Beschäftigung sind. Die Tarifstädte Berlin, Leipzig und Stuttgart bleiben daher so lange für Buchbinder gesperrt, bis eine Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in der „Buchbinder-Zeitung" die Sperre aufhebt. Zureisenden Verbandsmitgliedern werden daher bei Zuwiderhandlung die Verbandslegitimationen abgenommen und steht ihnen des weiteren event. der Ausschluß aus dem Verbande bevor.

Der politische Massenstreik und die bekannten Veröffentlichungen in der „Einigkeit" wurden auf der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend zur Erörterung gebracht. Der „L.V." wird darüber berichtet: Von seiten einiger lokalorganisierter Parteigenossen wurden gegen den Parteivorstand heftige Angriffe gerichtet, die darin gipfelten, daß er mit der Generalkommission der Gewerkschaften im geheimen über eine wichtige Parteifrage konferiert habe und nach dem vorliegenden Protokoll der Zentralvorstände von der Jenaer Massenstreikresolution abgekommen sei. Einer dieser Redner erklärte, daß einem wirklichen Parteigenossen nach Kenntnisnahme der Ausführungen einzelner Gewerkschaftsführer und -Redakteure über den Massenstreik in der betreffenden Zentralvorständekonferenz „die Schamröte ins Gesicht steigen müsse". Für den angegriffenen Parteivorstand antwortete Genosse Pfannkuch. Er stellte zunächst fest, daß von „geheimen Verhandlungen" mit der Generalkommission keine Rede sein könne: der Parteivorstand sei lediglich der Aufforderung auf den verschiedenen Parteitagen gefolgt, mit der Generalkommission in allen die organisierte Arbeiterschaft angehenden Fragen in Fühlung zu treten, um eventuell eine gemeinschaftliche Aktion zu ermöglichen. Bei der Frage des Massenstreiks sei diese Fühlungnahme besonders notwendig gewesen, weil man bei einer etwa sich zuspitzenden politischen Situation wissen mußte, wie die leitenden Gewerkschaftskreise über die Möglichkeit und Durchführung eines solchen Streiks dächten. Unrichtig sei, daß der Parteivorstand die Wahlrechtsbewegungen in Preußen, Sachsen und Hamburg für den gegebenen Fall der Anwendung des politischen Massenstreiks gehalten oder in Aussicht genommen habe. Aber gegenüber den offenen und versteckten Angriffen auf den Parteivorstand, den man in gewissen Kreisen als altersschwach und tatenunlustig hinstellte, wolle er erklären, daß er mit Bebel an der Spitze noch heute auf dem Boden der Jenaer Resolution stehe und die Diskutierung des Massenstreiks für notwendig halte, um im gegebenen Moment dieses Kampfmittel zur Erringung wichtiger politischer Vorteile oder zur Abwehr volksverräterischer Attentate wirksam zu gebrauchen. Weiter wolle er sagen, daß der Parteivorstand auch mit seinen im Alter vorgeschrittenen Gliedern sicher an erster Stelle dabei sein werde, wenn es um Kopf und Kragen gehe, wie er in ruhigeren Zeiten die Verwaltungsgeschäfte der Partei geführt habe. Für die Redaktion des „Vorw.", die mehrfach angegriffen worden war, weil sie, „wie die Katze um den heißen Brei" gegangen sei, sprach Genosse Ströbel, der sowohl gegen die lokalistischen Vorwürfe wie gegen die Angriffe in einigen Parteiblättern polemisierte. Genosse Robert Schmidt nahm sich der angegriffenen Generalkommission an und betonte, daß die Inszenierung des politischen Massenstreiks Sache der politischen Partei sei. Soviel sei aber wohl klar, daß gegen die Parole des Parteivorstandes im Ernstfalle die Generalkommission nichts unternehmen werde und nichts unternehmen könne. Ohne weiteres gebe er zu, daß auf der Konferenz der Zentralvorstände manche „schiefe Aeußerung" getan worden sei, die besser unterblieben wäre; das geschehe aber auch auf Parteikongressen. Die Differenz werde wohl in Mannheim, wo Mann gegen Mann stehe, ihre Erledigung finden. Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen. Zwei Resolutionen lagen vor, und zwar wurde in der ersten dem Parteivorstande das vollste Vertrauen der Genossen Groß-Berlins ausgesprochen, in der zweiten wurde verlangt, daß der Mannheimer Parteitag die Jenaer Massenstreikresolution uneingeschränkt aufrechterhalten möge; ferner soll die Freigabe des Protokolls der Zentralvorständekonferenz, soweit das Thema Partei und Gewerkschaft darin behandelt wird, gefordert werden. Beide Resolutionen wurden gegen ein paar Stimmen angenommen. Von Wichtigkeit ist noch der Beschluß, daß gegen die Nichtfeiernden am 1. Mai nach dem Beispiele des sechsten Kreises in allen übrigen Kreisen des Verbandes vorgegangen werden soll. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, die den kämpfenden Genossen in Rußland volle Anerkennung ausspricht und ihnen endgiltigen Erfolg in ihrem Ringen mit dem Zarismus wünscht.

Die Kreiskonferenz für den Wahlkreis Erfurt-Schleusingen tagte am Sonntag im Gothaischen „Auslande", dem halb preußischen, halb gothaischen Gasthause „Zur Struth" bei Suhl. 42 Delegierte aus 21 Orten waren anwesend, die 10 Ortsvereine mit 1527 Mitgliedern vertraten. Der Kreis hofft auf eine Nachwahl. Der Führer des Reichsverbandes, der nationalliberale Hagemann, wurde 1903 mit nur 90 Stimmen Mehrheit gewählt, wobei noch allerhand Unregelmäßigkeiten mitspielten. Die Erledigung des Wahlprotestes hat die Wahlprüfungskommission $2^1/_2$ Jahre verschleppt, bis eine energische Resolution der vorjährigen Kreiskonferenz der unheimlichen Ruhe ein Ende machte. Gegen erneute Verschleppungsversuche protestierte die Konferenz am Sonntag durch folgende Resolution: „Die am Sonntag, den 29. Juli, tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Kreisvereins für den Reichstagswahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück konstatiert mit Entrüstung, daß über die Wahl des Abgeordneten Hagemann noch immer keine Entscheidung gefallen ist. Durch die Hinauszögerung der Entscheidung tritt unter Umständen der unerhörte Zustand ein, daß der Abgeordnete Hagemann nahezu vier Jahre zu Unrecht das Reichstagsmandat ausgeübt hat. Die Versammlung verlangt eine beschleunigte Erledigung des gegen die Wahl des Abgeordneten Hagemann eingereichten Wahlprotestes. Ferner fordert die Versammlung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, für die raschere Erledigung der Wahlprüfungen in geeigneter Weise Maßnahmen zu ergreifen." Weiter wurde beschlossen, daß die zur Entlassung kommenden Reservisten alljährlich durch ein besonderes Flugblatt über die reaktionären Bestrebungen der Kriegervereine aufzuklären sind. Mit der prinzipiellen Haltung der „Tribüne" erklärte man sich einverstanden. Zum Kreisvorsitzenden wurde wiederum Genosse Rex-Erfurt gewählt. Zum Delegierten für den Parteitag empfahl die Konferenz den Reichstagskandidaten des Kreises, Genossen Schulz-Bremen den Mitgliedern für die Urabstimmung.

Aus Nah und Fern.

Ein unschuldig Verurteilter. Im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens wurde von der Strafkammer zu Bochum der Schneidergeselle Hermann Schröder vom Aschendorf Papenburger Weg jetzt kostenlos freigesprochen, nachdem er am 27. März 1904 wegen schweren Einbruchsdiebstahls zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war und von dieser Strafe vier Monate bereits verbüßt hatte. In einer Diebstahlsaffäre wurde Schröder von einem Arbeitskollegen namens Segbers, mit welchem er gemeinschaftlich eine Schlafstube bewohnte, der Tat verdächtigt und daraufhin auch verhaftet und verurteilt. Dem energischen Vorgehen des Schröder und seines Verteidigers gelang es, den Denunzianten zu entlarven und des wissentlichen Meineides zu überführen, worauf dessen Verurteilung zu einer längeren Zuchthausstrafe erfolgte. Die Strafkammer stellte die völlige Schuldlosigkeit des Schröder fest und belastete die Staatskasse mit allen Kosten, einschließlich deren der Verteidigung und der baren Auslagen; außerdem wird dem unschuldig Verurteilten eine angemessene Entschädigung zugebilligt werden.

Die Sittlichkeit in Gefahr. Ein Lehrer aus Weimar unternahm mit einigen Kollegen und seinen Schülern einen Ausflug auf die Milseburg in der Rhön, wobei sie ein Sonnenbad nahmen. Gegen den Lehrer ist nun als mutmaßlichen Anstifter von der Staatsanwaltschaft in Hannover ein Strafverfahren eingeleitet worden. Die Ausflügler hatten sich in nahezu paradiesischem Kostüm getummelt und bei anderen Besuchern der Milseburg sittlichen Anstoß erregt.

Bajuvarische Gemütlichkeit. Der „Münchener Post" wird geschrieben: „Ein Leutnant im Infanterie-Leibregiment war mit den Leistungen eines k. b. Kriegers so unzufrieden, daß er ihm eine lange und sehr energische Standrede hielt. Er schloß sie mit der Mahnung: „So, Sie Riesentrottel, jetzt können Sie sich beschweren, damit die Rindviecher im Landtag es wieder vorbringen können. Die Rindviecher im Lande erhalten doch diese Gesellschaft. — Dieser witzige Redner soll Frhr. Karl v. Horn, der Sohn des Kriegsministers, gewesen sein.

„Ein Rindvieh, ein saudummes". In Nürnberg wurde die Privatiersfrau Christine Meier am 21. Mai d. J. vom Schöffengericht zu 50 Mk. Geldstrafe event. fünf Tagen Gefängnis wegen Beleidigung eines Richters verurteilt. Sie hatte das Verbrechen begangen, ärgerlich über den Verlust eines Prozesses, im häuslichen Kreise bezüglich des sitzungsleitenden Amtsrichters gesagt zu haben: „Ein Rindvieh, ein saudummes, ist es von einem Amtsrichter". Sowohl die Verurteilte als auch der Amtsanwalt legten Berufung ein. Die Strafkammer, vor welcher am Freitag ein früheres Dienstmädchen der Meier die Aeußerung gehört zu haben beschwor, verwarf die Berufung der Meier, gab jener des Amtsanwalts statt und verurteilte die Beklagte, unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils zu 200 Mark Geldstrafe event. 20 Tage Gefängnis. — Es ist ein starkes Stück, wenn aus derlei vertraulich im Familienkreise gemachten Aeußerungen die Absicht zu beleidigen oder das Bewußtsein der Ehrenkränkung konstruiert wird. Soweit der Bericht erkennen läßt, scheint in der Aeußerung wenigstens lediglich eine formale Beleidigung, nicht auch die Behauptung einer nicht erweislich wahren Tatsache entdeckt zu sein. Der Gesetzgeber, wenn er gewollt hätte, daß derartige Prozesse angestellt werden, und dem niedrigsten Denunziantentum Vorschub geleistet werde, müßte ein „saudummes Rindvieh" gewesen sein. In der Tat hat er wohl nimmer angenommen, daß ein Richter und ein Gericht derlei vertrauliches Gerede als Beleidigung auffassen könnten.

Aus der „Jugend": Sitzt da mit sorgenvoller Miene ein Rechtskandidat im Bahnhofsrestaurant der alten Musenstadt H. Zufällig erscheint auch Professor X der bei den Studenten beliebte Lehrer des Rechtskandidaten, und erkundigt sich teilnahmsvoll nach dessen Sorgen. „Ja, Herr Professor, ich soll in vier Wochen in das Referendarexamen steigen und in meinem Kopfe ist alles eine große Wüste." „Aber, mein Lieber", erwidert Professor X, „in einer Wüste gibt es doch auch Oasen." „Die gibt es auch bei mir, Herr Professor, aber wenn die Kamele bei der Prüfung nur die Oasen finden wollten."

Ein Monument von unserer Zeiten Schande. Jenseits der holländischen Grenze auf der Bunderstraße in Neuschanz lagert nun schon seit dem 1. Mai, also seit einem vollen Vierteljahr, unter einem aus Lumpen hergestellten Zelt, das keinerlei Schutz gegen die Unbill der Witterung gewährt, eine kinderreiche Familie. Die bedauernswerten Leute sind, weil sie die Miete nicht bezahlen konnten, zwangsweise aus ihrer früheren Wohnung ausgewiesen worden. Der Mann ist schwer lungenleidend, auch den übrigen Familienmitgliedern sieht man ihre Entbehrungen an. Da scheinbar die holländischen Gesetze so wenig wie die preußischen ausreichen, einem jeder Menschlichkeit hohnsprechenden Elend zu steuern, so sind die Unglücklichen auf private Hülfe angewiesen.

„Vor einiger Zeit aus London, ich war Deiner Spur bis nach England gefolgt, dort erfuhr ich, daß Du Dich hierher gewandt, ich stand eben im Begriff, nach Berlin zu reisen, als ein Telegramm mich nach Hause rief. Deine Mutter war schwer erkrankt."

„Sie ist tot?" fragte Katie, ihn mit großen starren Augen ansehend.

„Ja."

„Tot also? Die Mutter?" Weiter sagte sie nichts, sie wandte nur eine Minute das Gesicht ab. Dann, sich ihrem Vater zuwendend, rief sie:

„Das war der Brief, der angeblich aus unserem Londoner Hotel kam — kein Zweifel, er hat ihn unterschlagen, weil er fürchtete, ich würde ihn vor der Zeit verlassen — o, der Schurke!"

„Wer hat den Brief unterschlagen?"

„Allan Low — er — o, er hat ruchlos an mir gehandelt!"

„Rege Dich nicht auf, Kind, es wird alles gut werden, Du gehst mit mir nach Damaskus zurück."

„Ich, Vater?" Sie lächelte schmerzlich. „Hoffe das nicht. Mein Schicksal ist erfüllt. Gott zerbricht die Form, deren Inhalt ausgeflossen."

„Nein nein, Amy, Du wirst leben, Du wirst genesen!"

„Nein Vater — und wozu auch? Um als Betrügerin ins Gefängnis zu wandern? Hahaha!"

„Wer weiß, ob gegen Dich eine Anklage erhoben wird, ich werde alles tun, was in meiner Macht steht, Dich zu retten."

„Gib Dir keine Mühe, Vater, es ist zu spät."

„Zu spät? Du sprichst ja so klar, so ruhig, siehst besser aus als je —"

Katie schüttelte den Kopf.

„Ich fühle es, Vater, ich kann nicht mehr leben, weil ich den Willen dazu nicht mehr in mir habe. Wozu soll ich leben? Meine Bahn ist erfüllt, meine Ideale sind gescheitert. Ich habe immer nur durch den Geist gelebt, meinen schwachen Körper durch meinen Willen regiert, er wird zusammenbrechen, wenn der Wille ihn nicht mehr leitet, und der Geist, der ihn beherrschte, schwach geworden ist. Ich kann nicht leben — ohne — ohne ihn," setzte sie leise hinzu. „Was er mir auch angetan — ich — ich liebe ihn immer noch!"

Und sie wandte zum zweitenmale ihr Antlitz von ihm, barg ihr Haupt in den Kissen und weinte bitterlich.

Vierzigstes Kapitel.

Der Morgen stieg leuchtend und rosig zur Erde herab, die Sonne bildete sein strahlendes Angesicht, der Himmel seinen ätherischen blauen Mantel. Ueberall sandte er seine freundlichen Grüße, die Sonnenstrahlen, sogar in die kleine einsame Zelle Arthur von Tillos wagten sie sich hinein und zauberten einen Lichtschimmer der Hoffnung in die blühenden Züge des Gefangenen. Arthur war eben im Begriffe, sich anzukleiden, festlich, wie zu einer Feier, und hatte sich speziell zu diesem Zwecke seinen schwarzen Gesellschaftsanzug schicken lassen. Der Tag, der heute angebrochen war, sollte, wie er hoffte, der Tag der Freiheit und Rehabilitation für ihn sein — o wie lange und sehnsüchtig hatte er ihn erwartet! Sein Herz klopfte in jubelnder Bewegung, seine Wangen erglühten, als er Punkt zehn Uhr, vom Wärter abgeholt, dem Bureau des Staatsanwaltes zuschritt. Eigentlich hatte er gewünscht, vor ein Gericht gestellt zu werden, aber der Staatsanwalt hatte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er dann noch mehrere Wochen in Gefangenschaft werde zubringen müssen, und dazu bezeigte der junge Mann wahrlich keine Neigung.

Im Bureau des Staatsanwaltes traf er diesen selbst, außer ihn aber noch mehrere andere höhere Beamte an, die er nicht kannte. Stobäus, der ihn mit einem freundlichen Kopfnicken begrüßte, nannte ihm zu seinem Erstaunen ganz von selbst die Namen! Es waren der Präsident des Landgerichts, ein Landgerichtsdirektor, zwei Räte, der Oberstaatsanwalt und einer seiner Kollegen.

„Herr von Tillo," redete er ihn fast feierlich an, „ich habe dafür gesorgt, daß Sie ein würdiges Auditorium finden, das Ihre Explikation mit Aufmerksamkeit anhören wird. Erzählen Sie, was Sie zu berichten haben."

Und der Gefangene, in bescheidener, aber aufrechter männlicher Haltung vor den Versammelten stehend, nahm mit seiner ruhigen, eindrucksvollen, wohltönenden Stimme, die nur von Zeit zu Zeit, je nachdem der Gegenstand seiner Darstellung ihn fortriß, einen weichen oder auch metallischen Klang annahm, das Wort zu seiner Geschichte.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Fricke, Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.